

# Freiheitsglocke

VOS - Vereinigung der Opfer des Stalinismus e. V.  
Gemeinschaft von Verfolgten und Gegnern des Kommunismus

Berlin, März/April 2024

74. Jahrgang, Nr. 857/858

## Der freiwillige Tod im Kampf um das Leben der Demokratie

*Der Fall des Alexej Navalny beweist deutlich, dass Russlands Diktator Putin über Leichen geht*

Als er nach seiner notdürftigen Heilung von der Nowitschok- Vergiftung vor vier Jahren trotz sichtlich angeschlagener Gesundheit aus dem deutschen Krankenhaus zurück nach Russland ging, wusste er, was ihn erwartete: Isolation, politisch manipulierte Gerichtsprozesse, Jahrzehnte der Haft, psychische und körperliche Folter und am Ende der Tod. Der Regimekritiker und Putin-Widersacher Alexej Navalny hat diesen Schritt bewusst getan, in ihm war die Bereitschaft und der Willen, sich zu opfern, um sein Land von der Diktatur zu befreien und um Putin zu zeigen, dass das russische Volk bei aller Unterdrückung von Wort und Tat und trotz der Selbstherrlichkeit des Kreml-Diktators nicht verloren sein sollte. Mit Navalnys Tod stellt sich die Frage: Wie wirksam ist diese Tat? Präsident Putin hat alle Macht, in seinem Land Falschdarstellungen zu verbreiten, er lässt sie über seine Auslandsmedien auch in den Westen ausstrahlen, er lügt und betrügt, er feiert sich vor laufenden Kameras als Befreier, er ist unberechenbar, humorlos, er ist der Mann mit dem Stein in der Brust und dem Revolver im Kopf. Vor allem ist Putin eines: ein Produkt des lange überlebten Kommunismus. Zusehends wird er zum Nachfolger Stalins, Troztkis und Lenins. Er räumt alle aus dem Weg, die ihm widersprechen und den Sinn seines Krieges gegen das Nachbarland Ukraine nicht mittragen wollen. Er benutzt simple ideologische Phrasen, indem

er andere Länder als faschistisches System bezeichnet und hat doch den einstigen von Kommunismus und Faschismus geprägten Sowjet mit wehenden Fahnen und Waffen im russischen Reich wieder aufleben lassen.

### NAVALNY MÄRTYRER und Held

Fest steht: Mit dem Fall Navalny, dessen Gesundheit und Psyche er schamlos offen ruinieren ließ, hat sich Putin möglicherweise mehr geschadet als mit seinen Kriegen, der blutigen Beendigung der Geiselnahme durch tschetschenische Rebellen im Moskauer Dubrowka-Theater am 23. Oktober 2002 und der Verurteilung der drei Frauen aus der Musik-Band Pussy Riot.

Die Welt weiß einmal mehr, was von Putin zu halten ist, dass man ihm nicht trauen kann, dass er sich mit dem Gedanken trägt, demnächst Mitgliedsstaaten der NATO zu überfallen. Die demokratische Welt darf den Tod Navalny daher nicht nur als Helden- oder Märtyrertat betrachten. Es ist dies eines der Signale, wie sie die Geschichte schon mehrfach verzeichnen kann. Erinnerung sei an Oskar Brüsewitz oder Jan Pallach. Der eine verbrannte sich 1969 in Prag, der andere 1976 in Zeitz, der eine war Student, der andere Pfarrer. Wel-

cher Mut und welche Entschlossenheit müssen in Menschen wohnen, die sich derart konsequent opfern? Und natürlich muss man fragen, ist es das wert, sein Leben hinzugeben?

Die Opfer des SED-Unrechts mögen diese Frage sicherlich anders und authentischer beantworten als die Bürgerinnen und Bürger der heutigen Zeit. Wer vor dem November 1989 einen Fluchtversuch in den Westen gewagt hat, der riskierte sein Leben. Man musste sich dessen bewusst sein. Wer einen Ausreiseantrag stellte, der musste mit dem Zugriff der Stasi und einer Haftstrafe rechnen. Die Haft als solche war bereits ein Martyrium, zudem ist bis heute nicht geklärt, inwieweit das Organ die Insassen hinterrücks mit radioaktiven Strahlen behandelte. Mag sein, dass der Wille, der DDR zu entkommen zur Hauptsache mit Überdruß oder dem Wunsch nach westlicher Lebensqualität einherging, so waren sich die meisten dennoch der gewichtigen politischen Komponente dieser Handlungen bewusst. Fakt ist: Niemand möchte aus freien Stücken, zudem unschuldig, inhaftiert werden. Die DDR war eine von den Sowjets errichtete Diktatur, sie entsprang demselben Expansionsstreben und Großmachtsanspruch, von denen Putin besessen ist. Man sieht: Das Unrecht in der Geschichte setzt sich fort, daher muss sich auch die Wachsamkeit gegenüber dem Unrecht fortsetzen.

B. Thonn

Es ist Frühling – dies ist eine Feststellung, die wir zumindest dem Kalender entnehmen und die wir allmählich am Wetter zu spüren bekommen. Und doch, wenn wir auf die politische Lage schauen, ist das Klima eisig und die Luft ist dünn. Russlands Krieg gegen die Ukraine wird immer bedrohlicher, die Angst der Menschen wächst auch bei uns, man weiß nicht, was noch passieren wird, und wir alle wünschen uns ein Ende dieses letztlich sinnlosen Konflikts.

Die Frage, wie ein solches Ende aussehen sollte, ist für viele Menschen bei uns inzwischen fast nebensächlich. Ich halte diese Einstellung, obwohl ich dafür Verständnis habe, für falsch. Der Überfall Russlands auf das Nachbarland ist eine verbrecherische Handlung wider das Völkerrecht. Egal, wie man die Verhältnisse in der Ukraine auslegt, ob das Land durch Korruption gezeichnet ist und sich dort sogenannte Oligarchen ausgebreitet haben, hat Russland keinerlei Befugnis, dort einen Krieg anzuzetteln, sich Territorien anzueignen oder zu beanspruchen und Menschen zu töten.

Russland selbst hat seine „Oligarchen“, wobei man den Namen des obersten davon nicht nennen muss. Ich darf daran erinnern, dass wir in Europa in jüngerer Zeit ebenfalls schwere Finanz- und Bestechungsskandale hatten, die das EU-Staatengilde auf eine harte Probe stellten. Wirecard, die Euro-Krise, die Immobilienblase, die Bestechlichkeitsanschuldigungen gegen Abgeordnete des EU-Rates, über die seit Längerem nicht mehr gesprochen wird. Hätte man, würde man Putins falscher Logik folgen, aus all diesen Anlässen nicht auch andere Länder überfallen müssen?

Wenn wir zulassen, dass sich Putin die Ukraine unterwirft, wird dieser Mann seine Hand weiter in Richtung Westen ausstrecken. Er wird unter den üblichen konstruierten Faschismus-Anschuldigungen und mit ungerechtfertigten Gebietsansprüchen den Krieg in unsere unmittelbaren Nachbarländer tragen und letztlich versuchen, auch Deutschland, das sein eigentliches Ziel ist, einzunehmen. (Nicht nur) ich frage ernstlich, ob

das bei uns jemand will. Die Geschichte des letzten Jahrhunderts hat gezeigt, dass man mit dem russischen Sowjet, der das Wesen dieses großen Landes weiterhin ausmacht, nicht in einer Partnerschaft auf Augenhöhe existieren kann.

---

## Auf ein Wort des Redakteurs

---

Haben wir vergessen, wie das war in der DDR? Bei den minimalsten Versuchen der SED-Regierung, eigene Politik zu machen, wurden die Politbürokraten nach Moskau zitiert, wo man sie bedingungslos „auf Linie“ brachte. Dieses Land DDR war besetzt von zahllosen sowjetischen Militäreinheiten, von Uniformträgern und von Plakaten, auf denen die sinnlosen Bekenntnisse zur Sowjet-Macht zu lesen waren. Den Jugendlichen wurde in der Schule der Russischunterricht aufgezwungen, im Kino und dem DDR-Fernsehen liefen Filme, die uns die Sowjet-Menschen als todesmutige Helden und hehre Vorbilder anpriesen und die dortige Diktatur lügnerisch verherrlichten „(Sag, kommst du aus dem Lande Lenins?“). Immer wieder hielt man uns vor, was Nazi-Deutschland der Sowjetunion angetan hat und wie dankbar wir sein sollten, dass uns die Rote Armee vom Nationalsozialismus befreite. Wir durften ab sofort auch dankbar sein, dass uns der Sowjet zu einem Bruderland erhob und uns vor den westlichen Imperialisten beschützte. Die Verfassung der DDR gab dazu Auskunft. Die SED-Genossen übertrafen sich schließlich ein ums andere Mal mit neuen Maßnahmen ihrer Unterwürfigkeit unter das Regime des *großen Bruders*. Erinnert sich noch jemand an die Donnerstagabende des Zweiten Programms des DDR-Fernsehens, als über mehrere Jahre alle Sendungen in russischer Sprache ausgestrahlt wurden? Eine Tortur, bei der selbst die benachteiligten Zuschauer aus den Regionen ohne Westfernsehempfang eiligst abschalteten.

Befreier sollten dann irgendwann auch wieder gehen – dies sind die Worte von Joachim Gauck. Leider gingen sie nicht. Es dauerte bis

1989, als die Mauer fiel und weitere zwei Jahre, ehe die Uniformen und der Sowjet-Militarismus aus dem Öffentlichkeitsleben Deutschlands verschwunden waren.

Alles schon vergessen?

Auch die Niederschlagung des Aufstandes vom Juni 1953, der Einmarsch in die Tschechoslowakei 15 Jahre später. Und dass wir als ehemalige politische Häftlinge nicht hätten in den Knast wandern müssen, wäre die Teilung unseres deutschen Landes nicht durch den Sowjet festgeschrieben worden. Ein einziger schwacher, aber großartiger Moment in der Geschichte hat dazu geführt, dass wir die Einheit wiederbekommen und die Million russisch-sowjetischer Soldaten samt deren schwerer Bewaffnung aus dem Land schaffen konnten.

Moskau hat nicht gelernt, dass seine Militärs, seine Ideologie und seine Diktatur bei uns nicht erwünscht sind. Mag sein, der nationale Schmerz am Verlust der osteuropäischen Kolonien ist bis in die sibirischen Weiten unermesslich und man wünscht sich sehnlichst die alten Zeiten zurück. Auch dass der Westen nach dem Rückzug der Sowjets aus den besetzten Ländern böse über ein ausgehöhlt östliches Imperium spotete und Russland als nunmehrige Regionalmacht bezeichnete, mag bei aller Wahrheit wehgetan haben. Dies rechtfertigt jedoch nicht den Überfall auf andere Länder. Auch Deutschland ist nach den verlorenen Weltkriegen immer wieder bitter gedemütigt worden. Bis heute sind andere Länder mit ihren Politikern und Medien alleweil dabei, die Nazi-Keule auszugraben, wenn sie uns zum Schweigen bringen wollen. Man nehme Berlusconi öffentliche Ausfälligkeit gegen den deutschen EU-Politiker Martin Schulz vor einigen Jahren. Solche Beschimpfungen sind ungerecht und unsachlich, aber man weiß und von wem sie kommen und welche Niveaulosigkeit dahintersteckt. Wir werden deswegen niemanden überfallen, aber es ist ein deutliches Zeichen, dass wir tunlichst auf unsere schon zu lange vernachlässigte Verteidigungsfähigkeit achten müssen.

*Bis zur nächsten Ausgabe  
Ihr/euer Alexander Richter-Kariger*

## AKTUELLES THEMA IN DIESER AUSGABE:

*Die Geschichte der Diktatur scheint unendlich und erfährt beständig Neuauflagen*  
Russlands Widerstandssikone Navalny verliert nach Jahren der Qual sein Leben

### Titelseite

#### Den Revolver nicht nur im Kopf

Putin hat nun auch Navalny beseitigt

### Redaktionsthema:

#### Der Krieg gegen die Ukraine: Geht uns das etwas an oder nicht?

Rückblicke auf die Zeit des Sowjets 2

#### Das Schweigen der Entschlossenen als lautstarke Theater-Verkündung

Würzburger Mainfranken Theater beeindruckt mit großartiger Aufführung 4

#### Über Jahre mehr als 500 selbst hergestellte Flugblätter heimlich verteilt

Zum Tod von Gerhard Schneider aus Sachsen. Nachruf, Biografie 5

#### Hohe Gäste werden erwartet

Eröffnung Gedenkstätte Hoheneck 5

#### Sichtlichen Eindruck hinterlassen

Peter Hippe mit Zeitzeugen-Vortrag 6

#### Dauerfeind der DDR und der Nazis

Über Robert Havemann 6

#### Glück, Erfüllung und Besinnlichkeit an diesem wunderbaren Tag

Wolfgang Lehmann aus Hessen begeht seinen 95. Geburtstag. Die VOS gratuliert 7

#### Das Erinnern tut weh, aber es hilft, den Schicksalsschmerz zu lindern

VOS Sachsen stellt weitere Zeitzeugen vor 8 – 9

#### Neubrandenburg: Zusammenarbeit von Politik und VOS dringend erwünscht

9

#### Wenn man mit dem Rückwärtsgang vorwärts fahren will

Egon Krenz schwelgt zunehmend auf (s)einer Insel der Verklärung 10 – 11

#### Kompetent, authentisch und engagiert

Sachsen-Anhalt erhält mit Johannes Beiltes einen neuen Landesvorsitzen 12

#### Er war für vieles aufgeschlossen

Rolf „Fax“-Wiese verstorben 13

#### Kaderschmiede der Partei

Über das „Rote Kloster“ in Leipzig 14

#### Im Jahre Lenins

Vor 100 Jahren starb der Revolutionär 14

#### Bürgermeister bleibt unnachgiebig

Neubrandenburger Konflikt noch ungelöst 15

#### Anschauen in der Mediathek lohnt sich

Eine ZDF-Doku über die Einheit in Freiheit 16

#### Das russische Reich auf die Größe der Sowjetunion zurückführen

Putins Ziel ist dreist und vermessen 17 – 18

#### Opfer bei Haushaltsplanung diesmal bitte berücksichtigen

Bundesvorstand an Ampelparteien 19

#### Fluchtpläne und Grenzanlagen

Fotos und Erläuterungen 19

### Mutig für freien Journalismus eingetreten

Erinnerung an Mathias Walden 19

News, Impressum 20

### Rubriken:

Nachrufe 5, 13

Veranstaltungen, Gedenkstätten 5, 9, 15

Leserbriefe 11

Knastlexikon 9

### Spendenbereitschaft ist erfreulich groß

Reinhard Köhler, Waltraud Ewert, Helmut Meng, Uwe Malcharek, Manfred Schulz, Frank Nemetz, Jens Nielsen, Reiner Miserocci, Waltraud und Johannes Rink, Erwin Kujadt, Jürgen Weisbach, Fritz Schaarschmidt, Karl-Heinz Ruhnau, Walter Schrader, Anneli Fratz, Ingrid und Michael Faber, Erdmute und Walter Weller, Horst Wagner, Johann Leeb, Inge und Walter Edelstein, Maria und Reinhard Walther, Ruth Zabel, Herbert Thomas, Reinhard Golde, Werner Rodeck, Martin Pescheck, Friderun und Egon Seel, Gunter Schramm, Bernd Westphal, Petra Heiber, Hans Stein, Christa und Bernd Pieper, Thomas Hainich, Hans Winkelmann, Joachim Nitsch, Klaus Poch, Renate Storch, Manfred Krafft, Rolf Unger, Gerd Lewin, Karl-Heinz Ulrich, Bernd Schnabelrauch, Karl-Günter Wehling

**Ein großer Dank allen Spenderinnen und Spendern. Je stärker unsere Finanzen sind, um so stärker ist unser Verband**

### Hohe Ehrung für 95-Jährigen

Zeitnah zu seinem 95. Geburtstag überreichte der Bundesvorsitzende der VOS vor Ort unserem Kameraden Wolfgang Lehmann für seine zahlreichen Verdienste das Goldene Ehrenzeichen der VOS. Dazu gratulieren Bundesvorstand und Redakteur.

*Ausführlicher Bericht auf Seite 7 dieser Ausgabe*

**In diesem Jahr findet die Einladung der Landesbeauftragten Brandenburg vom 24. bis 26. Mai in Erkner statt. Wie immer gibt es ein Programm, das sowohl politisch wie kulturell Interessierten gerecht wird. Nähere Informationen bei der Brandenburgischen Landesbeauftragten (LADK).**

Nach Redaktionsschluss kam die Meldung vom Tod unseres Kameraden **Hans-Joachim Keferstein** aus Bonn. Kamerad Keferstein war eines der langjährigsten Mitglieder des Verbandes. Er starb im Alter von 95 Jahren, nachdem er der VOS 70 Jahre in meist stiller Teilhabe angehört hat. Wir werden sein Andenken würdig in Ehren halten. *Bundesvorsitzender, Red.*

### Das Zitat:

"Dann wurde das Deutschlandlied angestimmt, und rechts und links von mir, da liefen Tränen. Das war ein Ereignis. Wenn ich heute die Nationalhymne höre, dann bin ich sofort in Halle."

*Herbert Prieu (VOS) in der ZDF-Doku über die fünf Anläufe zur Freiheit (Seite 16 dieser Ausgabe)*

# Eine künstlerische Lehrstunde im Sinne der Gesichtsaufarbeitung

*Das Würzburger Mainfrankentheater überzeugt und begeistert nicht nur das Publikum*

Was vor Monaten zwischen den Projektbegleitern Silke Flegel und Frank Hoffmann vom Institut für Deutschlandforschung (IDF) der Ruhr-Universität in Bochum und Barbara Bily, Schauspielregisseurin des Mainfrankentheaters in Würzburg, angeregt und beschlossen worden ist, wurde am 22. Februar 2024 Wirklichkeit: Zeitzeugen der SED-Diktatur aus dem NRW-Zeitzeugenprojekt, gemeinsam getragen von der Vereinigung der Opfer des Stalinismus (VOS) und

vollem Bild- und Originaldokumentenmaterial, sowie eindrucksvollen Akustik- und Lichteffekten, wurde die bewegende Geschichte der Storkower Abiturklasse von 1956, deren harmloser Protest zu einer Staatsaktion mit dramatischen Folgen für die Beteiligten hochstilisiert worden ist, wie es nur in einem totalitären System wie in der untergegangenen DDR möglich sein konnte, hervorragend und emphatisch durch das junge Schauspielerteam vorgetragen.

geregte Gespräche auch mit den Schauspielerinnen und Schauspielern der soeben miterlebten Aufführung als auch mit der Intendanz des Mainfranken Theaters und dem stellvertretenden Bürgermeister von Würzburg führen konnten.

Ein insgesamt bewegender und lange nachwirkender Theaterabend! Wir sagen den Initiatoren wie auch allen Mitwirkenden vor und hinter der Bühne danke. Ein ebensolcher Dank geht an die Schauspielregisseurin des



dem IDF der Ruhr Universität Bochum, folgten in Begleitung des Bochumer Teams einer Einladung in das mainfränkische Würzburg zur Premierenaufführung von dem Theaterstück „Das schweigende Klassenzimmer“. Das Stück geht auf den gleichnamigen Spielfilm zurück, der wiederum nach der Vorlage der authentischen Erzählung des einst aktiven Zeitzeugen Dietrich Garstka im Jahr 2018, im dem Garstka leider verstarb, gedreht worden ist.

Mit Förderung durch die Bundesstiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur hatte sich das kleine Ensemble der Probebühne des Mainfrankentheaters unter der Regie von Anna Stiepani der spannenden Thematik der schweigenden Solidarität einer Storkower Abiturklasse angesichts der brutalen Niederschlagung des Ungarischen Volksaufstandes 1956 gewidmet. Mit gekonnter Dramaturgie, einfachen, jedoch wirkungs-

Mit lang anhaltendem Beifall (mehr als fünf Vorhänge) bedankte sich das Publikum im ausverkauften Haus für die authentische Darstellung einer historischen Begebenheit, die neben der hochklassischen schauspielerischen für die zahlreichen jüngeren Zuschauer durchaus auch als eine Lehrstunde der Demokratieerziehung eingeordnet werden darf.

Im Publikum war auch der einzige noch lebende damalige Abiturient aus der Storkower Schulklasse, der nunmehr als prominenter Zeitzeuge willkommene Karsten Köhler (\*1938), der zusammen mit dem Buchautor Dietrich Garstka am 3. November 1956 diese später eskalierende Schweigeminuten-Aktion angeregt hatte.

Karsten Köhler war, was nahelegend war, wohl der gefragteste Gesprächspartner bei der anschließenden Premierenfeier, wo wir Gäste aus Nordrhein-Westfalen bei einem Gläschen Frankenwein an-

Mainfrankentheaters Barbara Bily, an Silke Flegel und Frank Hoffmann vom IDF und nicht zuletzt an die Stiftung Aufarbeitung. Sie alle haben diese großartige Leistung ermöglicht.

Wir als Zeitzeugen und ehemalige politische Häftlinge freuen uns, dass es nach der Premierenfeier in den nächsten Monaten zu weiteren Aufführungen und damit verbunden zu Zeitzeugen-Veranstaltungen in Würzburg kommen wird, wir können uns angesichts des großen Erfolges und der bemerkenswerten Resonanz vorstellen, dass zum Thema DDR- Geschichte auch andere spannende und geschichtlich relevante Projekte umsetzbar wären. Noch sind wir am Leben, noch können wir Impulse geben und beratend zur Seite stehen.

*Felix Heinz Holtschke*

*VOS-Landesvorsitzender NRW  
Stellvertretend. Bundesvor. d. VOS*

**Foto:** Standing Ovationen für das junge Schauspielerteam © FHH

# Werdauer Oberschüler: Harte Strafen für mutiges Handeln

*Mit Gerhard Schneider stirbt einer der Hauptakteure des frühen Widerstands gegen die Diktatur*

Im Alter von 92 Jahren ist am 6. Januar unser Kamerad Gerhard Schneider verstorben. Er gehörte zur Gruppe der Werdauer Oberschüler, deren Mitglieder am 3. Oktober 1951 inhaftiert und wegen Boykotttätze zu insgesamt 130 Jahre Zuchthaus verurteilt wurden.

Gerhard Schneider hat sich bis ins hohe Alter für die Aufarbeitung der Unrechtsurteile im Werdauer Oberschülerprozess engagiert. Wir trauern um ihn, denn mit ihm verlieren wir einen freundlichen, treuen und unbeugsamen Kameraden. Sein konsequenter Einsatz für die freiheitlich demokratischen Ideale wird uns allen unvergessen bleiben. Für ihn war es ein besonderer Glücksfall, dass wir vor 35 Jahren den Fall der Mauer und den Zusammenbruch der sozialistischen Diktatur erleben durften.

Ihm ein ehrendes Gedenken zu bewahren ist uns allen ein großes Bedürfnis.

*Holker Thierfeld, im Namen der VOS Sachsen  
Bundesvorstand der VOS, Redakteur Freiheitsglocke*

## Gerhard Schneider – die Kurzbiografie

Gerhard Schneider wäre im November dieses Jahres 93 geworden. Sein Geburtsort ist die sächsische Stadt Werdau, wo er 1947 die Oberschule verließ, um eine Lehre als Maschinenschlosser zu beginnen und wirtschaftlich selbständig zu sein. Den Kontakt zu seinen Mitschülern behielt er weiterhin bei, was vor allem daran lag, dass sich in jenen Jahren aus den ehemaligen Klassenkameraden ein Kreis von Widerständlern gegen die Diktatur der SED gegründet hatte, dem neben den Schülern auch Lehrlinge und junge Arbeiter angehörten. Die konspirativ agierenden Gruppenmitglieder unterhielten Verbindung zur Kampfgruppe gegen Unmenschlichkeit in West-Berlin, sie verteilten innerhalb mehrerer Jahre mehr 500 selbst hergestellte Flugblätter, deren Inhalt sich gegen die Wahlmanipulationen in der damaligen Sowjetzone richtete und das Todesurteil gegen Hermann Joseph Flade anprangerte. Unter anderem hieß es: „Wir sehnen uns nach Frieden, nach der Einheit Deutschlands in Freiheit.“ Die 19 jungen Leute flogen mit ihren geheimen Aktionen jedoch auf und wurden vor Gericht gestellt. Man bezichtigte sie in einer langen Anklageschrift der Boykotttätze, des organisierten Widerstandes gegen den sozialistischen Staat und der Partisanentätigkeit. Ihnen wurde vorgehalten, das sozialistische System der DDR stürzen zu wollen und im Auftrag der westlichen Imperialisten zu handeln. Die Urteile fielen drastisch hoch aus, die jungen Widerständler kamen in Haft, sie gingen alsbald unter dem Namen „Werdauer Oberschüler“ in die politischen Berichterstattungen der Bundesrepublik ein, der Fall wurde – wie der des zum Tode verurteilten Hermann Josef Flade –, in den Medien ausführlich thematisiert,

so dass sich die SED-Führung dem Druck der Öffentlichkeit beugen und die Inhaftierten vorzeitig entlassen musste. Bis 1956 hatten die Letzten den Strafvollzug verlassen und waren danach in den Westen geflüchtet. Gerhard Schneider, bei seiner Verurteilung noch keine 20 Jahre, hatte eine Haftstrafe von 13 Jahren erhalten, wobei ihm nicht wie sonst üblich die Untersuchungshaft angerechnet wurde.

Gerhard Schneider erhielt damit das dritthöchste Strafmaß der Gruppenmitglieder. Er verbüßte die Haft in Waldheim und Torgau und wurde aufgrund eines vom ersten DDR-Präsidenten Pieck angenommenen Gnadengesuchs am 29. September 1956 vorzeitig entlassen. Er und vier weitere Mitglieder der Gruppe kehrten in ihre Heimatstadt Werdau zurück. Ein Jahr darauf heiratete er seine Jugendliebe Ilse, die während der Haftzeit zu ihm gehalten und auf ihn gewartet hatte, das Ehepaar bekam drei Kinder. Gerhard Schneider studierte später Finanzwirtschaft und ging 1994 in den Vorruhestand. Zwei Jahre zuvor, 1992, erhielt er seine strafrechtliche Rehabilitierung. Im selben Jahr stellte einer der Betroffenen einen Strafantrag gegen die Beteiligten des Gerichts. Das Ergebnis ließ zu wünschen übrig. Eine Richterin war aus Krankheitsgründen nicht verhandlungsfähig, einer der Richter erhielt eine lächerliche Geldstrafe.

*VOS / Fg*

*Foto (©): Tätigkeitsbericht Stiftung Sächsische Gedenkstätten. Weitere Infos im Internet.*



## Bundespräsident und Opferbeauftragte werden erwartet

*Feierliche Eröffnung der Gedenkstätte im ehemaligen Frauengefängnis Hoheneck*

Die Eröffnung der Gedenkstätte Hoheneck mit der dazugehörigen Dauerausstellung und Teileröffnung des Zellenhauses findet offiziell am 11. Juli 2024 statt. Zu diesem Anlass hat Deutsche Bundespräsident Frank-Walter Steinmeier einen Besuch der Gedenkstätte angekündigt. Eingeladen werden zudem die Vertreter aus Bund und Land.

Die Bundesbeauftragte zur Aufarbeitung der SED-Diktatur Evelyn Zupke wird zusammen mit ehemaligen inhaftierten Frauen ebenfalls zur Eröffnung der Gedenkstätte anwesend sein. Am 12. Juli 2024 wird ein Tag für betroffene Frauen und Angehörige von ehemals Inhaftierten stattfinden. Zu beiden Terminen wird zeitnah eingeladen und informiert.

*Konstanze Helber – Vors. Forum f. politisch verfolgte und inhaftierte Frauen d. SBZ/SED- Diktatur e.V*

## Wieder aufrührend und voller Emotionen

*Peter Hippe mit neuerlichem beeindruckenden Zeitzeugen-  
Beitrag am Gymnasium der Stadt Düren*

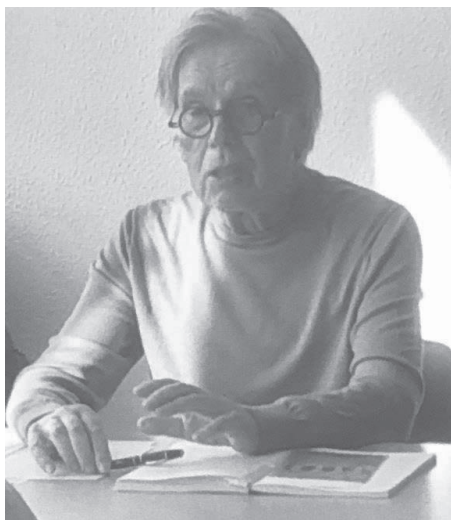
„Vielen Dank, dass Sie uns an Ihren ganz persönlichen Erfahrungen teilhaben lassen“, brachte eine der Schülerinnen – es war die Vertreterin des Leistungskurses – die spürbare Emotionalität der Schülerinnen und Schüler in ihren abschließenden Dankesworten an Peter Hippe auf den Punkt.

Der in Halle/ S. Geborene und seit Langem in Düren Lebende wurde Anfang März 82 Jahre. Er hielt erneut einen Vortrag – es war der dritte in diesem Jahr –, der über eine Doppelstunde ging und nur durch wenige Fragen unterbrochen wurde. Seine bewegende Biografie hinterließ bei allen einen sichtlichen Eindruck, zumal die eigene, authentische Schilderung über ein anderes Format verfügt als theoretische Referate oder Filmberichte. Seinen Vater hat Peter Hippe nicht kennenlernen können, er kehrte nicht aus dem Krieg zurück, die Mutter ist in den 1950er Jahren ohne ihren Sohn in den Westen geflüchtet, so dass er bei seiner Großmutter aufwuchs.

Bei einer illegalen Reise nach der Konfirmation nach Freiburg (Baden-Württemberg) kam er als Vierzehnjähriger das erste Mal mit der Staatssicherheit in Kontakt. Ihm wurde ein unerlaubter Grenzübertritt vorgeworfen. Die Folge war, dass er nicht zu den Abiturprüfungen zugelassen wurde. Peter Hippe versuchte nun, die DDR Illegal zu verlassen. Ein Freund, der für die Stasi arbeitete, verriet ihn. Er wurde verhaftet, kann in die Untersuchungshaftanstalt und anschließend – da er noch nicht volljährig war – in den Jugendwerkhof. Den unmenschlichen Haftbedingungen dort konnte er durch eine Zusage zur Mitarbeit bei der Stasi teils ent-

gehen, doch gelang es ihm, sich diesem Schritt immer wieder zu entziehen. Dennoch war er derart deprimiert, dass er einen Suizidversuch unternahm und daraufhin in Ruhe gelassen wurde.

1962 heiratete Peter Hippe, bekam einen Sohn und konzentrierte sich zunehmend auf den beruflichen Weg. Er absolvierte nach 1970 ein Bauingenieursstudium, wobei ihn das MfS weiter im Auge behielt. Da er im sozialistischen Staat keine Perspektive für sich sah, engagierte er sich intensiv bei



Evangelischen Kirche und wurde immer mehr zum Opfer der Zersetzungsmaßnahmen durch die Stasi, die u. a. Unwahrheiten verbreitete, um ihn öffentlich zu diskreditieren, was aber nicht gelang. Nach 17 erfolglosen Ausreisearträgen wagte Peter

Hippe mit engen Freunden und Gleichgesinnten Ende der 1980er Jahre die Besetzung der US-Botschaft in Ost-Berlin. Im Ergebnis dieses gefährlichen Aktes wurden er und die anderen Beteiligten von der Bundesregierung freigekauft. Bei seiner Beschreibung der Zugfahrt in den Westen, womit die Bundesrepublik Deutschland gemeint ist, war Peter Hippe sehr bewegt. Mit stockender Stimme schilderte er den Schülerinnen und Schülern seine starken Emotionen auf dem Weg in die lang ersehnte Freiheit.

Peter Hippe, der von Dr. Frank Hoffmann betreut wurde, engagierte sich als Zeitzeuge zu den Themen Staatssicherheit. Sein Schwerpunkt ist die Stadt Düren, die ihm im Jahr 2023 die Bürgermedaille verliehen hat. Ein Jahr zuvor wurde er am bischöflichen Gymnasium St. Angela bereits mit dem Ehrenabitur ausgezeichnet.

*Marcel Klemm (Text, Foto)*

## Unbequemer Feind

*Im März vor 60 Jahren flog  
Robert Havemann aus der SED*

Was er wollte, war eigentlich nichts anderes als eine (noch) bessere DDR. Mehr Freiheit, mehr Aufgeschlossenheit, eine „Dialektik ohne Dogma“. Die Forderung war fatal. Es konnte keine bessere DDR geben, weil die Riege im SED-Politbüro schon alles so beschlossen und eingefädelt hatte, wie es – deren Meinung nach – nicht besser sein konnte. Im Übrigen lag der Massenaufstand vom Juni 1953 nicht lange zurück, und man wusste, dass jede Nachgiebigkeit in der Ideologie zum eigenen Sturz führen würde. Die Rede ist von dem Kommunisten Robert Havemann, der im März 1964 – vor nunmehr 60 Jahren – bei der SED nach Kundtun seiner politischen Meinung seinen Lehrstuhl verlor, aus der SED ausgeschlossen und zusehends zur Unperson der sozialistischen DDR-Gesellschaft wurde. Der Chemie-Wissenschaftler durfte erfahren, dass Reformsozialisten in der DDR noch unerwünschter waren als eingefleischte Regimegegner. Ulbricht erklärte ihn, den Schriftsteller Stefan Heym und den Sänger Wolf Biermann zu Staatsfeinden. Nachdem Havemann 1976 gegen Biermanns *Ausbürgerung* protestiert hatte, erhielt er Hausarrest und wurde in seinem Anwesen in Grünheide, wo er zeitweise den DDR-Kritiker Jürgen Fuchs beherbergte, ständig vom MfS überwacht und bespitzelt wurde. 1979 wurde Havemann wegen eines „Devisenvergehens“ zu 10.000 Mark Strafe verurteilt. Havemann war bereits 1943 im Zuchthaus Brandenburg inhaftiert. Das Todesurteil, das gegen ihn verhängt worden war, wurde mehrfach aufgeschoben. 1950 geriet er erneut in Schwierigkeiten, als er von West-Berlin aus öffentlich gegen die Atomaufrüstung der USA protestierte. Er ging daraufhin in die DDR. Auch hier lehnte er sich immer wieder auf und erlitt erhebliche persönliche Nachteile. Man weiß nicht, ob er in seiner Rolle als konsequenter DDR-Kritiker so bekannt geworden wäre, hätte sich das MfS nicht so übereifrig und auffällig an ihm abgearbeitet. Havemann starb 1982. *VB*

# Die Auseinandersetzung mit diesem Schicksal hört niemals auf

Wolfgang Lehmann, Zeitzeuge und Berichtender, vollendet im März 2024 sein 95. Lebensjahr

Was wäre die VOS ohne Wolfgang Lehmann?

Ist eine solche Frage erlaubt? Die Antwort lautet: ja. Sie ließe sich sogar noch um eine Dimension erweitern, indem man fragen muss, was wäre die Aufarbeitung des SED-Unrechts ohne Wolfgang Lehmann? Man muss freilich weiter ausholen und erklären: Was wären VOS und Unrechtsaufarbeitung ohne all jene Aufrechten und Unverdrossenen, die gleich unserem Kameraden Wolfgang Lehmann immer wieder aufs Neue losgehen

der DDR zurückreicht. In der Freiheitsglocke haben wir oft und ausführlich darüber berichtet – er selbst war derjenige, der darüber berichtete. Die Vergangenheit, die mit Ketschendorf, dem fünften von zehn Speziallagern auf dem Gebiet der einstigen Sowjetzone, und der Deportation nach Sibirien zu tun hat, hat ihn niemals losgelassen. Und so schwer das war und immer noch ist, hat er sich intensiv damit auseinandergesetzt.

Neben den Berichten für unsere Fg sind es die Zeitzeugen-Vorträge

re. Er hat auch nicht unerwähnt gelassen, wie schwer die Erinnerung bis heute auf ihm lastet, und er hat sich eindeutig dazu bekannt, dass es sich lohnt weiterzuleben und nach einem guten und sinnvollen Dasein zu suchen.

Wolfgang Lehmann hat aber nicht nur für und von sich selbst gesprochen, seine Erinnerungen galten auch jenen, die an seiner Seite das gleiche Unrecht wie er erfuhren und die entweder nicht überlebten oder denen später die Stimme oder die Kraft fehlten, sich

mitzuteilen. Wer dies kann – und das hat Wolfgang Lehmann inzwischen eindrucksvoll bewiesen –, dem gebührt hohe Anerkennung, nicht nur aus den eigenen Reihen, sondern von allen Seiten, nicht zuletzt von der Politik.

Wolfgang Lehmann lebt seit Langem in einem kleinen Ort in Hessen. Er hat eine große, glückliche Familie, in der es inzwischen sieben Urenkel gibt und wo die eigenen Kinder bereits Großeltern sind. Kann sich ein Leben, das einen

derart schweren Bruch zu verarbeiten hat, eines schöneren Happendens rühmen?

An den Ostertagen dieses Jahres 2024 vollendet der einstmalig unschuldig im Lager Ketschendorf Inhaftierte sein 95. Lebensjahr. Dazu sei ihm herzlich gratuliert, womit der Wunsch nach vielen weiteren Aktivitäten und froh machenden Begegnungen einhergeht. Und dies sei hinzugefügt: Es gibt (immer noch) viel zu tun. Auch jenseits der 95 wissen Jugendliche die Berichte dieses gestandenen Zeitzeugen zu schätzen.

*Im Namen der VOS  
Der Redakteur*

**Das Foto** (© Fg-Archiv) zeigt Wolfgang Lehmann (Bildmitte mit Weste) bei einem früheren Treffen mit verdienten VOS-Mitgliedern, von denen einige (Helmut Stelling, Hans-J. Kögel) inzwischen leider verstorben sind.



und über die erlebten eigenen Schicksale – an Schulen oder in den Medien – berichten, die an Gedenkveranstaltungen teilnehmen, in Projekten mitarbeiten und sich in Verbänden wie der VOS organisieren. Sie – wir alle von der VOS – sind Zeitzeugen eines Regimes, das gegen alle politisch demokratischen Werte verstoßen hat und sich durch erzwungene und erschwindelte Wahlergebnisse, die nur geringfügig unter 100 Prozent lagen, als Regierung scheinlegitimiert hat. Das sozialistische System der DDR hat sich nicht anders wehren können, als Andersdenkende und Unschuldige zu Feinden und unbelehrbaren Verbrechern abzustempeln und sie auf diese Weise – auch in Wortessinn – unschädlich zu machen.

Wolfgang Lehmann gehört zu den Genannten, wiewohl sein Schicksal vor das Gründungsdatum

die er trotz des eigentlich schon biblischen Alters noch regelmäßig hält und mit denen er die jungen Menschen an den Schulen fesselt und die selbst den Lehrerinnen und Lehrern der Schulklassen und Leistungskurse ein wirklichkeitsnahes Bild vom Unrecht, das ihm und vielen anderen ganz jungen unschuldigen Menschen kurze Zeit nach Ende des Krieges widerfahren ist, geben.

Über Wolfgang Lehmann ist oft in der Presse berichtet worden, die Foltermethoden und die Vernehmungspraktiken der Sowjets sind dort hinreichend dokumentiert. Er selbst hat seine frühe Vergangenheit in zahlreichen Fg-Berichten von vielen Seiten beleuchtet. Er hat stets neue Details gefunden und seine Gefühle und Leiden tief und schonungslos beschrieben, ohne dass dabei eine Form von falscher Sentimentalität aufgekommen wä-

# Eine Erfolgsstory: Zehn Jahre Veröffentlichung von Opferschicksalen

Der sächsische Landesverband der VOS feiert mit dem Erscheinen des zehnten Bandes seiner biografischen Schriftenreihe über die Schicksale ehemaliger politischer Häftlinge der SBZ und der DDR „Erinnerungen an politische Gefangenschaft“ ein beachtenswertes Jubiläum: Das Buch mit dem Titel „Da verstand ich das erste Mal, was Freiheit bedeutet“ wurde am 23. März 2024 beim Bürgerkomitee Leipzig mit einer Lesung und einem Zeitzeugengespräch präsentiert.

**Im Rahmen des Buchmesse-Begleitprogramms „Leipzig liest“ feierte der Landesverband Sachsen das zehnjährige Jubiläum seines Zeitzeugenprojekts. Die vier Biografien im neuen Band zeigen die erschreckende Vielfalt des Unrechts auf, das unangepassten Menschen in der DDR widerfahren konnte, aber auch die unterschiedlichen Bewältigungsstrategien der Betroffenen. Mit dem Erscheinen des Bandes wurde ein weiteres Stück Aufarbeitung erreicht, das gerade mit Blick auf das zunehmend hohe Alter vieler Betroffener an Bedeutung gewinnt.**

Auf stolze 172 Seiten hat es der soeben erschienene Jubiläumsband mit dem Titel „Da verstand ich das erste Mal, was Freiheit bedeutet“ gebracht. Sie lassen nicht nur vier unterschiedliche Lebensgeschichten nachvollziehen, deren Themen von Widerstand und Flucht aus der DDR, politischer Haft bis hin zu den schlimmen Erfahrungen eines ehemaligen Heimkinds reichen.

Das Buch rekapituliert auch die Meilensteine des Zeitzeugenprojekts, das seit 2014 läuft und sich zum Ziel gesetzt hat, die Haftschicksale der sächsischen VOS-Mitglieder in ausführlichen audiovisuellen Interviews zu dokumentieren und in einer aussagestarken Schriftenreihe zu veröffentlichen.

Die SED-Opferbeauftragte Evelyn Zupke schrieb in ihrem Vor-

wort zu dem Jubiläumsband: „Ich bin überzeugt davon, dass nur die direkte Auseinandersetzung mit den Schicksalen einzelner Menschen uns vermitteln kann, was es bedeutet, Opfer einer Diktatur zu werden.“ Weiter heißt es: „Die Erinnerung der politischen Gefangenen können Brücken bauen zwischen Generationen und Brücken zwischen Ost und West. All das macht diese Arbeit für unsere Ge-

deutschland zu flüchten. Der Versuch war zum Scheitern verurteilt – das war ihr klar, aber sie erhoffte sich auf diesem Weg eine schnellere Übersiedlung in die Bundesrepublik, als es per Ausreiseantrag möglich gewesen wäre.

Kerstin wurde durch tschechische Grenzbeamte verhaftet und kam in ihre erste Einzelzelle. Sie erinnert sich bis heute: „Da verstand ich das erste Mal, was Freiheit bedeutet.“

Nach der Untersuchungshaft in Berlin-Hohenschönhausen und im Potsdamer „Lindenhotel“ wurde Kerstin zu einem Jahr und fünf Monaten Haft verurteilt, die sie im Arbeitskommando einer Wäscherei in Markkleeberg verbrachte. Dort stellte sie einen Ausreiseantrag und wurde 1984 freigekauft.

Günther Werner war beeindruckt vom Gelöbnis der Freiheitsglocke, das im RIAS gesendet wurde, und entschloss sich zum aktiven Widerstand: Ab 1961 schrieb er in Dresden Parolen an öffentliche Wände. Eine davon war die Losung „Gedenkt der politischen Gefangenen in Bautzen“, deren Tatortfoto den Umschlag des Jubiläumsbands

illustriert. Beim späteren Verteilen von Flugblättern wurde er gestellt.

Seine dreijährige Haftstrafe verbrachte er im Haftarbeitslager Oelsnitz, einem Steinkohlenbergwerk, aus dem ihm ein spektakulärer Ausbruch gelang.

Doch beim anschließenden Versuch, nach Westdeutschland zu fliehen, wurde er verraten. Es folgte eine Verurteilung zu weiteren acht Jahren und der Strafvollzug in Torgau. Günther Werner wurde 1966 freigekauft.

Auch die zwei anderen Porträtierten, Ilona Hein und Karl Micklisch, waren angereist und bereicherten die Gesprächsrunde.

→ nächste Seite oben



sellschaft so besonders wertvoll.“

Am Abend des 23. März waren Kerstin Meisner und Günther Werner auf das Podium im Kinosaal der Runden Ecke Leipzig eingeladen.

## **Er schrieb in Dresden Parolen an öffentliche Wände.**

Sie beantworteten zahlreiche Fragen zu ihren persönlichen Vorstellungen von Freiheit, ihrer politischen Gefangenschaft, zum Häftlingsfreikauf über das Kaßberg-Gefängnis sowie zu ihrem Neuanfang in der Bundesrepublik.

Kerstin Meisner versteckte sich 1983 im Zug unter einer Sitzbank, um über die ČSSR nach West-



→ von voriger Seite unten

Es waren berührende Worte zu ihren persönlichen Erfahrungen, die den großen Stellenwert bewiesen, den die Aufarbeitung in der Schriftenreihe für sie hat. Die VOS Sachsen hält daran fest, die einzigartigen Zeitzeugenberichte für zukünftige Generationen zu dokumentieren und damit zur Aufarbeitung der kommunistischen Gewaltherrschaft beizutragen.



Für die eigene Teilnahme am hier vorgestellten Interview-Projekt und bei einem möglichen Interesse an den Publikationen kontaktieren Sie bitte den Landesvorsitzenden Frank Nemetz unter: frank.nemetz@gmx.de, 0175-1676838) oder die Leiterin des Projekts und Autorin Ariane Zabel (kontakt@arianezabel.de, 0177-7559577). Das Spendenkonto des Landesverbands der VOS Sachsen läuft unter folgender IBAN DE07 8506 0000 1000 9605 35.

Ariane Zabel

**Die Fotos.** Seite 9 oben: Ariane Zabel, unten: Günther Werner, Kerstin Meisner. Auf Seite 8 sind eine Reihe von Zeitzeugen und Mitgliedern der VOS Sachsen als Teilnehmende abgebildet.

## Was wir (auch) nicht vergessen sollten

### Das DDR / Knastlexikon

In dieser Reihe möchten wir Ihnen einige teils außergewöhnliche Ausdrücke / Begriffe erklären, die in der DDR nicht nur in der Haft verwendet wurden und die man keinesfalls vergessen sollte.

Heute:

### Taschenfüller

Ein *Taschenfüller* ist umgangssprachlich nicht jemand, der sich selbst oder Anderen die Taschen vollstopft. Sei es mit Geldscheinen, Lebensmitteln oder Altpapier. Ein T. ist jemand, der seinen Mitmenschen verbal Erlebnisse aufischt, die einfach nicht stimmen. Es sind nicht Lügen im üblichen Sinne, sondern vordergründig maßlose Übertreibungen, die schon nach den ersten Worten wenig glaubhaft erscheinen. Auf die Haft bezogen waren T. Personen, die sich entweder großartiger Verbrechen rühmten, die sie nicht begangen hatten, indem sie behaupteten, ganze Kaufhäuser ausgeraubt oder eine komplette Kolonne Polizisten verprügelt zu haben. Es gab jedoch auch die anderen T., die sich vor den Mithäftlingen in großer Rede als unschuldig verurteilt hinstellten. Etwa: „Ick kann meine Olle jar nich abjemurkst haben, ick war an den Tach jar nicht zu Hause, ick war janz woanders.“

Igor Gerd Lesnikow

**Anm. d. Autors:** Sehr gern nehmen wir Ihren in diese noch in der Entwicklung befindliche, regelmäßig in der Fg erscheinende Rubrik auf.

## Spurensuche



**Nach Redaktionsschluss** traf der Hinweis auf die Ausstellung „Spurensuche“ in Neubrandenburg ein. Weitere Infos nächste Ausgabe.

## Werden die SED-Opfer hingehalten?

Brennpunkt Neubrandenburg

Nach mehr als drei Jahrzehnten der Friedlichen Revolution von 1989 gibt es immer noch keinen würdigen Gedenkort für die SED-Opfer Neubrandenburgs. Am 30.11.2023 stellte die Stadt Neubrandenburg ihre Ideen zur „Erinnerungskultur in der Vier-Tore-Stadt – Die Neuaufstellung des städtischen Gedenkkonzepts und der Umgang mit der Immobilie der ehemaligen MfS-Haftanstalt“ vor. Es gab zwei Gestaltungsideen. Jetzt wurde eine dritte Gestaltungsidee ins Gespräch gebracht weil die Opferverbände die beiden ersten ablehnen. Man muss fragen, warum hier keine Ausschreibung stattgefunden hat, so wie es für den Umbau des Rathaus-Vorplatzes geschehen ist. Warum verweigert sich die Neubrandenburger Stadtvertretung diesem Ansinnen bzw. warum schlagen sie es nicht der Stadtverwaltung vor?

Nach meiner Meinung wäre es sinnvoll, weite Teile des Hafttraktes sowie Elemente der Verhörzimmer zu erhalten. Dass heute über das hiesige MfS-Areal und damit über eine der größten und „modernsten“ Haftanstalten des MfS gesprochen und die Erforschung angestrebt wird, verdanken wir dem jahrzehntelangen Engagement von André Rohloff. Ein Dokumentationszentrum zum SED-Unrecht im ehemaligen Bezirk Neubrandenburg muss an einem authentischen Ort erfolgen. Dabei muss die Struktur des Areals erhalten bleiben, und die Stadtplanung sollte den Kontakt zu den SED-Opferverbänden suchen.

Schauen wir heute nach Berlin, sehen wir nach dem Abriss der Berliner Mauer (1961-1989) auch, wo sie damals verlaufen ist. Warum soll dies in Neubrandenburg nicht auch möglich sein? Eine enge Zusammenarbeit, ein Umgang auf Augenhöhe der Stadt Neubrandenburg mit der VOS wäre wünschenswert. Daher meine Forderung, baut die „Freigangstorte“ der Neubrandenburger MfS-Haftanstalt als Erinnerungsort wieder auf, damit nachfolgende Generationen erleben können, wie wichtig Freiheit und Demokratie sind.

Silvio Blum

## Erfundenes, wie es nur in ehemaligen SED-Köpfen existieren kann

Jörg Bilke mit einer einmalig exzellenten Besprechung des neuen DDR-Buches von Egon Krenz

Der in Dierhagen/Ostsee lebende Rentner Egon Krenz (87) hat seine Drohung wahrgemacht und dem ersten Band seiner Erinnerungen einen zweiten folgen lassen, der um 200 Seiten umfangreicher ist als der erste. Während im ersten Band die 36 Lebensjahre des Autors von der Geburt in Kolberg bis zur Krönung als FDJ-Oberhaupt 1974 abgehandelt werden, ist der Folgeband eingeschränkt auf die Jahre 1974/88. Der Mauerfall vom 9. November 1989 mit dem Untergang des SED-Staates soll dann im dritten Band erörtert werden. Egon Krenz hat das Buch keineswegs, wie er behauptet, geschrieben, um seiner „Chronistenpflicht“ nachzukommen, sondern nur um in 33 Kurzkapiteln, den Absturz dieses merkwürdigen Staatsgebildes schönzureden, in der Hoffnung, 34 Jahre danach wären alle Zeitzeugen verstorben, die ihn hätten widerlegen können. Dass diese Hoffnung getrogen hat, zeigt schon die zornige Reaktion Eberhard Aurichs (geb. 1946), seines Nachfolgers 1983/89 in der FDJ-Leitung, der am 12. Februar auf einer ganzen Seite des *Neuen Deutschland* unter dem Titel „Ein Buch voller Leerstellen“ die euphemistische Sicht auf die DDR-Geschichte in mehreren Punkten widerlegt. Was Egon Krenz seinen Lesern mit diesen Erinnerungen bietet, ist ein Märchenbuch über einen Staat, den es nie gab. Deshalb arbeitet er mit Weglassungen, Missdeutungen und Fehleinschätzungen, wobei die DDR-Führung, sollte sie tatsächlich einmal Fehler begangen haben, immer entschuldigt und reingewaschen wird, während der Staat des *Klassenfeinds* in Westdeutschland, dessen hochbewaffnete Armee an der innerdeutschen Grenze nur darauf wartete, den DDR-Sozialismus zu vernichten, als „aggressiv“ und „kriegslüstern“ verdammt wird. Was Egon Krenz unerwähnt lässt, ist, dass allein die Existenz der Bundesrepublik Deutschland mit ihrer blühenden Wirtschaft den DDR-Bürgern eine ständige Alternative bot. Nehmen wir zum Beispiel das sechste Kapitel „Ein Pfarrer, ein Sänger und ein Manifest“, wo es um den Pfarrer Oskar Brüsewitz und den 1976 ausgebürgerten Lie-

dermacher Wolf Biermann geht. Obwohl der Bund der Evangelischen Kirchen in der DDR, so Egon Krenz, keine Pressemitteilung über die Selbstverbrennung des Pfarrers im August 1976 in Zeitz hätte veröffentlicht wollen, hätte jemand aus Kirchenkreisen die „Schreihälse vom westdeutschen Fernsehen“ (Erich Honecker) verständigt.

---

**Nirgendwo kann man  
den schlichten Satz lesen:  
„Wir haben überall versagt!“**

---

Ohne den von den „Bonner Revanchisten“ betriebenen „Kalten Krieg“ gegen die DDR hätte „die ganze Angelegenheit erledigt sein können“. Wahrscheinlich hätten viele solcher „Angelegenheiten“ klammheimlich „erledigt sein können“, wenn nicht westdeutsche Journalisten darüber geschrieben hätten. Nicht zuletzt deshalb ist am 24. November 1961 die „Zentrale Erfassungsstelle der Landesjustizverwaltungen“ in Salzgitter gegründet worden, damit DDR-Verbrechen nicht ungesühnt blieben. Diese Tendenz, das ununterbrochene Scheitern des DDR-Sozialismus dem unheilvollen Wirken des „Klassenfeinds“ in Westdeutschland anzulasten, zieht sich wie ein roter Faden durch alle 448 Seiten dieses Buches! Nirgendwo kann man den schlichten Satz lesen: „Wir haben überall versagt! Wir haben am 13. August 1961 in Berlin die Mauer gebaut, damit uns die Leute nicht weglaufen! Wir haben Hunderte von Flüchtlingen an der DDR-Grenze erschossen, weil sie nicht in unserem Staat leben wollten! Wir haben Tausende Andersdenkender verhaftet und für Jahre in unsere Zuchthäuser geworfen, weil sie diesen Sozialismus nicht wollten!“ Stattdessen schreibt der unbelehrbare Verfasser im Kapitel „Der letzte Parteitag“ (1986) nichtssagende Sätze, die auf die Leipziger Demonstranten von 1989 wie Hohn wirken mussten: „Der Sozialismus war trotz aller Unvollkommenheiten die Freiheit von Ausbeutung, von Unterdrückung und Erniedrigung des Volkes, von Arbeitslosigkeit, von sozialer und geistiger Verelendung ... Es gab ein leistungs-

starkes Gesundheitswesen. Die Theater und Kulturstätten standen allen weit offen.“ Hier sind jeder Punkt und jedes Komma widerlegbar. Hat denn der Autor dieser Sätze nie von der massenweisen Ausbürgerung kritischer DDR-Schriftsteller nach dem 16. November 1976 gehört? Neben allen Lobgesängen auf den unaufhaltsamen Marsch in die „klassenlose Gesellschaft“ erfährt der Leser von Egon Krenz aber auch Details aus dem Alltagsleben der DDR-Bürger, zum Beispiel, dass es tatsächlich, wie immer schon vermutet, den Einsatz von Dopingmitteln bei der Leistungssteigerung von DDR-Sportlern gab. Auch aus dem sozialistischen Wirtschaftsleben, wo die „unverbrüchliche Freundschaft“ mit der Sowjetunion ganz oben stand, gibt es Brisantes zu berichten. Im Kapitel „Kartoffeln für Leningrad“ wird mitgeteilt, dass der „Bruderstaat“ 1985 eine schlechte Kartoffelernte gehabt und deshalb den Genossen Erich Honecker in Berlin um die schnelle Lieferung von einer Million Tonnen Kartoffeln gebeten hätte. Klassenbewusst lieferten die DDR-Experteure, aber es gab im Leningrader Hafen nicht genug Liegeplätze für die ankommenden DDR-Schiffe, und es gab Nachtfröste im Oktober 1985, sodass die Kartoffeln tonnenweise erfroren: „Bestraft wurde für die Vergeudung niemand!“ (Egon Krenz). Überall, so erinnern sich Eingeweihte heute noch, herrschte Schlamperei in der sozialistischen Wirtschaft!

Ein Dauerthema in diesem Buch ist auch die von Moskau misstrauisch beobachtete Abhängigkeit der DDR-Wirtschaft von westdeutschen Krediten, ohne die der DDR-Sozialismus nicht überlebensfähig war. Vor allem der CSU-Politiker Franz Josef Strauß, der von der DDR-Presse als „Kommunistenfresser“ geschmäht wurde, stand plötzlich in hohem Ansehen, weil er zwei Milliarden Westmark ins Land brachte. Mit der horrenden Summe von 3,4 Milliarden Westmark für den Freikauf von 33.755 politischen Häftlingen 1963/89 hätte die konkursanfällige DDR-Wirtschaft saniert werden können.

---

→ nächste Seite oben

## → von voriger Seite unten

Dazu waren aber die realitätsblinden Ideologen im SED-Politbüro nicht fähig. Aufschlussreich ist auch die Diskussion darüber, warum die DDR-Schriftstellerin Christa Wolf (1929-2011) den Literaturnobelpreis nicht bekommen hat, obwohl sie zur Auszeichnung anstand. Erich Honecker, schreibt Krenz, wäre aus Stockholm angerufen worden, ob sie denn zur Entgegennahme

des Preises ausreisen dürfte, so sie ihn zugesprochen bekäme. Der Staatsrats-

vorsitzende hätte die Frage bejaht, und das wäre sein Fehler gewesen. Hätte er sie verneint, hätten die „Kalten Krieger“ in Westdeutschland wieder reichlich Stoff gehabt, gegen die DDR zu „hetzen“. Im Kapitel „Eingabe einer Frauenkommission“ schreibt Krenz: „Die DDR hatte keine Verwaltungs- und Verfassungsgerichte.“ Als Erklärung, warum es diese Gerichte nicht gab, wird angeboten, dass „diese Gerichte in der Weimarer Republik einen reaktionären Charakter hatten und zu ihrem Untergang beitrugen“. Das also ist der wahre Grund, warum es solche Gerichte nicht gab! Die „herrschende Klasse“ in der SED-Diktatur wollte keinesfalls, dass dieser Staat unterging. Hätte es diese Gerichte gegeben, hätten sie sich vor Prozessen gegen staatliche Willkür kaum retten können. So schuf man stattdessen das schein-demokratische Institut der „Eingabe“, das seit 27. Februar 1961 auch gesetzlich verankert war. Egon Krenz berichtet nun von der „Eingabe“ der Frauenkommission eines Landmaschinenkombinats im Bezirk Dresden wegen mangelnder Fleischversorgung.

In demokratischen Staaten werden Fehlentwicklungen in Wirtschaft und Gesellschaft von Presse, Hörfunk und Fernsehen aufgegriffen. Der Grund für die Versorgungsmängel war hier der außerplanmäßige Export von Fleisch in den kapitalistischen Nachbarstaat, was von Politbüromitglied Günter Mittag, nach dessen Aussage die DDR schon 1981 bankrott war, angeord-

net worden war. Michail Gorbatschow (1931-2022), dessen Reformkurs Egon Krenz zunächst begrüßte, empfand er zunehmend als politischen Gegner, letztendlich verdankt er ihm seinen Rücktritt am 6. Dezember 1989. Aber auch auf Konrad Naumann (1928-1992), den Ostberliner SED-Bezirkssekretär bis 1985, ist er nicht gut zu sprechen, weil der „in angetrunkenem Zustand“ am 17. Oktober 1985 in der „Akademie für Gesellschafts-

wissenschaften beim ZK der SED“ heftige Kritik an der SED-

Führung geübt hatte, weshalb er am 6. November aller Ämter enthoben und in die Provinz verbannt wurde.

Im Spätsommer 1991 traf ich ihn zufällig in der ecuadorianischen Hafenstadt Guayaquil, wo er „im Exil“ lebte. Er hielt mir dann einen kleinen Vortrag darüber, dass die DDR am 9. November 1989 nicht kollabiert wäre, wenn Erich Honecker seine Vorschläge zur Rettung des Sozialismus befolgt hätte.

Überall in dem Buch berichtet der Verfasser über wachsende Spannungen in der DDR-Gesellschaft in den Jahren vor dem Mauerfall. Und fast immer werden Proteste gegen staatliche Willkür so interpretiert, dass der westdeutsche „Klassenfeind“ dafür verantwortlich ist, wenn die Bevölkerung aufbegehrt. Im Fall der Carl-von-Ossietzky-Oberschule in Berlin-Pankow, deren Schüler auch der damals 16-jährige Sohn von Krenz war, trug allerdings, so Egon Krenz, Margot Honecker, Ministerin für Volksbildung, die Mitschuld am Aufruhr, weil sie „irrational“ reagiert hätte. Im Herbst 1988 hatten mehrere Schüler, vom Schulrektor zur freien Meinungsäußerung aufgefordert, kritische Bemerkungen zur SED-Politik an die im Schaukasten hängende FDJ-Wandzeitung geheftet. In der Schule herrschte helle Aufregung, als auch noch der Jungsozialist Krenz jr., der der FDJ-Leitung der Schule angehörte, gegen seine Mitschüler Stellung bezog. Nun wurden Kreis- und Bezirksleitung von FDJ und SED und die „Staats-sicherheit“ eingeschaltet. Die vier

Delinquenten wurden, nach öffentlicher Beschimpfung in der Aula, der Schule verwiesen. Der Sohn von Dissidentin Vera Lengsfeld durfte zu seiner Mutter nach Cambridge ausreisen. Als er ein Jahr später nach Ostberlin zurückkehrte, war die Mauer gefallen ... Die Erinnerungen des Egon Krenz sind subjektiv eingefärbte Berichte vom Aufstieg eines Kommunisten bis an die Spitze des Staates. Da galt es Rücksichten zu nehmen auf Freunde und andere Zeitzeugen.

**E. Krenz** „Gestaltung u. Veränderung. Erinnerungen“, 448 S., 26 €

**Erste Anm.:** Bundesvorstand und Redakteur danken Herrn Bilke für dieses wahrhafte journalistische Glanzstück.

**Zweite Anm.:** Das Buch des Egon Krenz hat bei Internet-Plattformen sehr gute, einstimmige Wertungen bekommen. Alle Achtung.

## Müssen wir wieder von vorn anfangen?

*Opferrente: Was wird, können wir auf die Politik hoffen?*

☒ Der Druck auf die Ampelregierung hat weiter zugenommen. Die Luft fürs Regieren wird dünner, die Zeit knapper, die internationalen Konflikte lassen sich von einem Land allein nicht lösen. Meine Frage lautet: Wie geht es für uns weiter, müssen wir hinsichtlich der Opferrente wieder von vorn anfangen?

Es ist gut und wichtig, dass es die Bundesbeauftragte für uns gibt. Sie hat die besten Kontakte und führt die Gespräche sehr engagiert. Aber hierzu stellen sich weitere Fragen. Eine davon lautet: Wann werden die Parteien reagieren, oder lassen sie uns, wie es mitunter scheint, im Regen stehen?

Offen bleibt: Vor ca. neun Monaten wurde den Regierungsparteien ein Papier übergeben, in dem es um die Verbesserung der Leistungen für die SED-Opfer geht. Ich würde gern wissen, was ist aus diesem Schreiben und all den anderen geworden, die viele von uns an die Abgeordneten gerichtet haben? Sind sie in den Papierkörben und der Dauerablage gelandet?

Als Fazit sollte man festhalten: Es muss etwas geschehen, es eilt.

*Karl-Heinz Genath (98 Jahre)*

# Der Katalog der Aufgaben bleibt umfangreich und schwierig

*Landtag in Sachsen-Anhalt wählt mit Johannes Beleites vielversprechenden Landesbeauftragten*

Der Landtag in Magdeburg hat am 21. Februar 2024 Johannes Beleites als neuen Landesbeauftragten zur Aufarbeitung der SED-Diktatur gewählt. Unter den zwölf Kandidaten wurde Herr Beleites mit 81 von 92 gültigen Stimmen gewählt. Drei Abgeordnete in Sachsen-Anhalt stimmten mit Nein, zwei enthielten sich und sechs weitere Stimmen gingen an zwei andere Kandidaten. Der Hallenser (geboren 1967) kommt aus einem evangelischen Elternhaus – der Vater war Pfarrer – und hatte schon als junger Mann die ersten negativen Erfahrungen mit der Staatssicherheit machen müssen. Er folgt der ehemaligen Pfarrerin Frau Birgit Neumann-Becker, die nach einem Jahr zusätzlicher Amtszeit nunmehr aus dem Amt ausscheidet.

Die VOS Sachsen-Anhalt und der Bundesvorstand der VOS gratulieren Johannes Beleites herzlich zur gewonnenen Wahl und wünschen ihm im Landtag und bei den Behörden in Sachsen-Anhalt viel Durchsetzungskraft zum Wohle der Opfer des SED-Unrechtsregimes und bei der Unterstützung der Mitglieder der VOS sowie des Verbandes.

Der Name Beleites dürfte insbesondere den Mitgliedern der VOS in Sachsen nicht unbekannt sein. Dort war der Bruder des neuen Landesbeauftragten, Michael Beleites (geboren 1964), von 2000 bis 2010 ebenfalls Landesbeauftragter und übte sein Amt zuverlässig und mit großer Akzeptanz bei den Betroffenen aus. 2010 schied er aus dem Dienst, da laut Gesetzgebung

nur zwei Amtsperioden zulässig sind.

Michael und Johannes Beleites gehörten in der DDR den oppositionell agierenden Kirchenkreisen an, sie dokumentierten Umweltschäden, etwa im Uranbergbau, und deren gesundheitsschädigende Folgen für die Menschen und hielten in Text und Bild das von den Organen ausgeübte Unrecht fest. Michael Beleites gehörte nach dem Mauerfall dem viel beachteten Runden Tisch an und gründete mit Gleichgesinnten die Greenpeace-Organisation der DDR. Als Landesbeauftragter Sachsens war er zugleich bundesweit zu Vorträgen unterwegs und berichtete Interessierten über seine Tätigkeit und die Erfahrungen, die er aus Gesprächen mit den Betroffenen gewonnen hatte. Johannes Beleites wurde in der DDR nicht zum Abitur zugelassen, er holte es jedoch nach dem Mauerfall nach. Er besuchte die Polytechnische Oberschule und schloss anschließend eine Lehre als Elektriker ab. Seine Freizeit widmete er früh der Fotografie, die er 1986 zu seinem Beruf machen konnte. Während der Friedensdemonstrationen 1989 in Leipzig gelangen ihm viele fotografische Aufnahmen. Kurz zuvor wäre ihm das Fotografieren in Rumänien fast zum Verhängnis geworden: Der dortige Geheimdienst nahm ihn fest, da er Aufnahmen der Landschaft machte, was ihm als Spionage ausgelegt werden sollte.

Nach dem Mauerfall studierte Johannes Beleites Jura, blieb aber weiterhin ein wichtiger Aktivposten der Aufar-

beitung des SED-Unrechts, vor allem war er aktiv an der Sicherung und Sichtung der Akten des MfS beteiligt und arbeitete in der Forschungsabteilung der BStU. Mit Johannes Beleites übernimmt wiederum ein authentischer Widerständler gegen die sozialistische Diktatur der SED die Verantwortung für die Durchsetzung der Interessen der SED-Opfer. Sein Fokus richtet sich auf das Bundesland Sachsen-Anhalt, dessen gesamte Unrechtsgeschichte seit Beendigung des Zweiten Weltkriegs dazugehört. Der Aufgabenbereich umfasst neben der Rehabilitierung ehemaliger politischer Häftlinge die Beratung und Unterstützung von Opfern aus Heimerziehung, Zwangsadoptionen und des Dopings im Sport. Die Verfolgung und Benachteiligung politisch unliebsamer Bürger zieht sich durch alle Schichten der Bevölkerung. Auch 35 Jahre nach dem Mauerfall ziehen sich unaufgearbeitete Abschnitte und Vorgänge durch die Geschichtsfelder und die Lebensschicksale einzelner Personen, Familien und Gemeinschaften.

Immerhin kann Beleites nunmehr von der Vorarbeit früherer Landesbeauftragter profitieren. In der Zeit direkt nach der Wiedervereinigung trug die erste Amtsinhaberin Edda Ahrberg wesentlich dazu bei, die ehemaligen politischen Häftlinge aus der Jahrzehnte währenden inneren und äußeren Isolation zu befreien. Dabei war die Zusammenarbeit mit der Landes-VOS ein wichtiger Faktor, der allen half.

*M. Teupel, HD, ARK*

# Politisch-sozial engagiert, aus der VOS nicht wegzudenken

*Der agile und hilfsbereite Kamerad Rolf Wiese ist im Alter von 89 Jahren in Leipzig verstorben*

Der damalige Eisenbahner Rolf Wiese wurde am 21. Dezember 1952 an seinem Arbeitsplatz als Rangierer auf dem Bahnhof Leipzig-Plagwitz wegen systemkritischer Flugblätter gegen die Wiederbewaffnung und den Dienst bei der neu entstehenden DDR-Armee verhaftet und als angeblicher westlicher Agent wegen „Boykotthetze“ und weil er damit „den Frieden des deutschen Volkes und der Welt“ gefährdet hätte, zu zehn Jahren Zuchthaus verurteilt. Da er zum Tatzeitpunkt noch nicht volljährig war, wurde sein Urteil später abgeändert und die Haftstrafe auf sechs Jahre verkürzt. Nach vier Jahren Haft, davon zweieinhalb Jahre im Jugendgefängnis Dessau, wurde Rolf Wiese an Heilig Abend 1956 aus dem *Roten Ochsen* in Halle vorzeitig entlassen. Wenige Monate nach seiner Freilassung flüchtete der 22-Jährige 1957 nach West-Berlin, wo er zuerst im Notaufnahmelager Marienfelde unterkam. Anschließend wurde er nach Westdeutschland ausgeflogen. In der Bundesrepublik wurde er politisch rehabilitiert und berichtete noch jahrelang als Zeitzeuge vor Schulklassen über die Zeit vor und während seiner Haft. Von Westdeutschland aus, wo er auch als Kaufmann tätig war, ging er nach Namibia und gründete dort eine Familie. 1998 kam er mit Frau und drei Kindern zurück in seine Heimatstadt Leipzig. Ehrenamtlich war Rolf Wiese in Leipzig sowohl für den Bund der stalinistisch Verfolgten (BSV) als auch die Vereinigung der Opfer des Stalinismus (VOS)



**Unser langjähriger Kamerad Rolf Wiese, geboren am 22. Oktober 1934 in Leipzig, ist am 11. Januar 2024 in Leipzig verstorben. Die Trauerfeier fand bereits im Februar in Leipzig-Markkleeberg statt.**

tätig. Als überzeugter Demokrat beteiligte sich Rolf Wiese 2014 für das NEUE FORUM an der Stadtratswahl in Leipzig. Viele Jahre lang organisierte er eine Selbsthilfegruppe *Posttraumatische Störungen* für ehemalige DDR-Häftlinge mit regelmäßigen Treffen in Leipzig. Auch der damalige Sächsische Landesbeauftragte zur Aufarbeitung der SED-Diktatur war bei einem der monatlichen Treffen zu Gast. Solange es Rolf möglich war, hielt er darüber hinaus zu vielen VOS-Kameraden und weiteren Verfolgten der SED-Diktatur, die aus gesundheitlichen Gründen nicht mehr zu Veranstaltungen kommen konnten, regelmäßig telefonischen Kontakt und versuchte, Kontakte zu vermitteln, zu beraten und zu helfen, wo es ihm möglich war. Zuletzt lebte Rolf im Seniorenheim am Stadtplatz in Leipzig-Leutzsch, unweit seiner Wohnung in der Heimteichstraße (wo jetzt seine Tochter lebt). In einem Zeitzeugen-Portal der Stiftung Haus der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland sind sieben kleine Filme eingestellt, in denen man Rolf Wiese sehen und ihm zuhören kann. Man findet sie unter dem Link [https://www.zeitzeugenportal.de/personen/zeitzeuge/rolf\\_wiese](https://www.zeitzeugenportal.de/personen/zeitzeuge/rolf_wiese). In der Broschüre von Maud Rescheleit und Stefan Krippendorf: "Der Weg ins Leben". DDR-Strafvollzug im Jugendhaus Dessau, 2002 herausgegeben als Band 26 in der Reihe *Sachbeiträge* der

Beauftragten für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen DDR in Sachsen-Anhalt, ist auf den Seiten 40 bis 49 der Beitrag „Rolf Wiese – Flugblätter gegen die Militarisierung“ nachzulesen. Auch im Zeitzeugenbüro der Bundesstiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur sowie auf youtube sind Video-Interviews mit Rolf Wiese zu finden.

Die Trauerfeier mit Urnenbeisetzung fand am Dienstag, 13. Februar 2024 auf dem Kommunalen Friedhof Markkleeberg statt.

Rainer Müller  
Foto: VOS-Archiv

## Über Rolf Wiese Erinnerungen

Kamerad Rolf Wiese war, da er häufig unterwegs war und zu vielen Betroffenen Kontakt suchte, durch zweierlei Merkmale bekannt. Eines davon war sein Wohnmobil. Es war in der Tat keine Komfortmobil-Immobilie, aber es reichte, dass er bei zentralen Veranstaltungen vorfahren und darin übernachten konnte, es war billig und bot dem freundlichen Rolf jederzeit die Möglichkeit, sein mobiles Bett zu beziehen. Wieses zweites Markenzeichen war der Fax-Apparat. Seit Kamerad Wiese die Vorzüge dieses seinerzeit hochmodernen Kommunikationsgerätes entdeckt und sich ein Fax zugelegt hatte, konnte er zu vielen Kameraden Kontakt aufnehmen und sich bemerkbar machen. Nicht zuletzt war der gute Rolf den VOS-Mitgliedern auch unter dem Namen „Fax-Wiese“ geläufig. Im Jahr 2001 war es Kamerad Wiese, der als einer der Ersten vom Tod unseres Kameraden Eduard Siegfried Döring (S.E.D.) erfuhr und die Freiheitsglocke darüber informierte. Döring hatte sich in tiefen Bayern mit Spiritus übergossen und war an den Folgen gestorben. Er wollte auf sein Haft-Trauma und auf Oskar Brüsewitz aufmerksam machen.

Die VOS wird diesem Kameraden ein ehrendes Gedenken bewahren.

HD / Redakteur

## Zwischen Agitprop und journalistischem Können

*Das „Rote Kloster“ Leipzig als Stätte der streng sozialistischen Ausbildung*

Über die Sektion Journalistik an der Karl-Marx-Universität Leipzig sind vor und nach der Wiedervereinigung Deutschlands zahlreiche Veröffentlichungen erschienen. Sie setzen sich – wie auch jene von Frau Klumpen von 1978 – mit den politischen Zielen und der gezielten ideologischen Ausrichtung der Absolventen, die diese Einrichtung mit dem akademischen Grad Diplom-Journalist verließen, auseinander.

Die Sektion wurde 1990 geschlossen. Damit wurde auch ein Kapitel DDR-Geschichte beendet, über das die einen bis heute lieber den Mantel des Schweigens breiten möchten, während andere – etwa der frühere politische Häftling der DDR Jörg Bernhard Bilke – eine gründliche Aufarbeitung zu allem und allen, was diese Institution beleuchtet, für unerlässlich halten.

Das „Rote Kloster“ bekam seinen Namen wegen der rotfarbenen Fassade, noch mehr jedoch wegen der politischen Prägung der Einrichtung. Es wurde 1954 als Fakultät der Leipziger Universität gegründet und erfuhr wie viele andere Fakultäten in der DDR 1968 seine Umbenennung in Sektion. Ziel war die ideologische Festigung der Absolventen zu bedingungslos hörigen und dem politischen System der DDR ergebenden Journalisten sowie Buchautoren. Dies gelang nicht in jedem Fall. Wir wissen um den Poeten Rainer Kunze, der in der Sektion Journalismus und Philosophie studierte. Er bekam am „Roten Kloster“ eine Stelle als Doktorand. Später gelang ihm die Veröffentlichung von mehreren Büchern in der Bundesrepublik, worauf Kunze politisch unter Druck gesetzt wurde und, um einer Haftstrafe zu entgehen, einen Ausreiseantrag stellte. 1977 konnte er die DDR verlassen und arbeitete im Westen weiter im lyrischen Fach. Kunze entging somit dem Weg zu dem, was vielen Absolventen des „Roten Klosters“ nachgesagt wurde: Sie waren Parteijournalisten, ihnen wurde laut Vorlesungsverzeichnis von 1974 eingetrichtert, dass es ihr eigenes Bedürfnis sei, als sozialistische Agitatoren die Politik von Partei und Regierung zu vertreten. Dies mag unbestritten an allen Studieneinrichtungen der DDR zur Selbstverständlichkeit gehört haben. Nur wer dem Staat gegenüber Loyalität bekundete, wurde überhaupt erst angenommen. Hier jedoch handelte es sich um Journalismus und somit um ideologische Breitenwirkung, wo der Staat dann auch besondere Sorgfalt walten ließ und ein dichtes Netz von Stasi-Aktivitäten gespannt hatte.

All dies kann man im Internet nachlesen. Dort finden sich Namen von Absolventen und verantwortlichen Lehrkräften. Zu bescheinigen bleibt dem Studium trotz aller Ideologie eine hohe fachliche Ausbildung, und so ist es beinahe folgerichtig, dass sich nach der Wiedervereinigung genug ehemalige, damals noch junge Studierende auf eine demokratische Weltanschauung besannen und unter den neuen Bedingungen eine Medien-Karriere in Angriff nahmen. *Hugo Diederich*

## Ein Spitzenplatz unter den Tyrannen des 20. Jahrhunderts

*Lenin: Gefeierte, gefürchtet, gehasst. Bis heute ein verkannter, verbrecherischer Charakter*

Wer in der DDR aufgewachsen ist, wird den Namen Lenin nicht vergessen haben. Heldengesänge wie „Er rührte an den Schlaf dieser Welt“ oder „Kommst du aus dem Lande Lenins?“ schufen einen Mythos, der allein wegen des entstandenen Überdrusses nicht mehr hinterfragt wurde. Die Fahnen, Plakate und Banner zierten auf heldenhafte und souveräne Weise Lenins Kopf (oft in Gemeinschaft mit Marx und Engels), der Moskauer Rote Platz wurde von einer Schlange pflichtgemäß geduldig Wartender gefüllt, die der verglasten Mumie des „großen Revolutionärs“ ihre Ehrerbietung erweisen durften oder mussten. Nach Lenin wurde – zu Sowjetzeiten – Russlands historische Stadt Petersburg genannt, in den DDR-Metropolen durften keine Leninallee, Leninstraße oder Leninplatz fehlen. Dazu im Januar des Jahres 1924 – also vor nunmehr 100 Jahren – das paniktreibende Scheintelegramm mit der Botschaft: „An alle, an alle, Lenin ist tot ...“

In der DDR wurde gelehrt, Lenin sei an den Folgen eines Anschlags der Konterrevolutionäre verendet. Die Feinde, die es trotz seiner extrem radikalen Säuberungen immer noch gab, hätten den Göttergleichen zur Strecke gebracht. Nein, es war ein weiterer Schlaganfall, dem er trotz großen ärztlichen Aufgebots erlag. Die Frage bleibt, wird in weiteren 100 Jahren, wenn es in Europa keine Zeitzeugen des Widerstands gegen die kommunistischen Diktaturen mehr gibt und der Kommunismus bestenfalls als gescheiterte Gesellschaftsvision durch die Köpfe einiger letzter Besessener wabert, noch jemand über ihn, diesen *großen Revolutionär*, sprechen oder wird es einen Leninkult in einem neuen künstlichen Licht in einem anderen, uns fremden Leben geben?

Heutzutage lässt sich das, was von diesem Lenin als Wahrheit geblieben ist, in einem Satz zusammenfassen: Ein gnadenloser, uneinsichtiger, unmenschlicher Tyrann, der Millionen Todesopfer zu verantworten hat, weil er der Welt in grober Unerbittlichkeit und mit äußerster Brutalität seine Vorstellung von einer neuen Gesellschaftsordnung aufzwingen wollte.

*Valerie Bosse*

## Erinnern und Gedenken wären wichtig

*Nachtrag zu einem Beitrag aus Fg 855*

In der letzten Fg-Ausgabe stellte Bernd Lippmann das Buch „Der Wahn der reinen Rasse“ vor. Darin wurde auch das Zwickauer Schloss Osterstein genannt. Hierzu ist nachzutragen, dass sich trotz der Schicksale der einst dort Inhaftierten (dazu gehörten u. a. der Autor von Abenteuerbüchern Karl May, die Arbeiterführer August Bebel und Rosa Luxemburg sowie der KPD-Funktionär Martin Hoop) keine Erinnerungs- oder Gedenktafel an die frühere Nutzung und die Opfer befindet. Das Gebäude wird inzwischen als Wohnanlage für Senioren genutzt. *B. Thonn*

# Die Frage wurde bisher nicht gestellt: Warum genau dort?

*Es geht um die Gedenkstätte: Die Stadt Neubrandenburg will ausgerechnet neue Wohnungen bauen, wo Bürgerinnen und Bürger der sozialistischen DDR schweres Leid erlitten haben.*

In der Stadt Neubrandenburg (MVP), wartet weiterhin eine ehemalige Stasi-Untersuchungshaftanstalt, die (nicht nur) der Stadt viel Kopfzerbrechen bereitet, auf die Entscheidung über ihr künftiges Schicksal.

Seit etwa siebeneinhalb Jahren (*meine Anmerkung*: nachweislich seit dem Jahr 2014) versuchen engagierte Zeitzeugen einen würdigen Ort des Gedenkens in Neubrandenburg zu errichten. Nun möchte die Stadt nach dem Willen des Oberbürgermeisters eben diese ehemalige Stasi-Untersuchungshaftanstalt abreißen lassen, um genau dort, wo sie sich befindet, sozialen Wohnungsbau zu ermöglichen.

Warum eigentlich genau dort?

Wie auf einer Veranstaltung am 30. November 2023 durch Teilnehmende klargestellt wurde, hätte die Stadt genug andere Flächen, die für den Wohnungsbau genutzt werden könnten und die zudem günstig zu erschließen wären. Zu nennen wären Flächen an der Gerstenstraße, am Kupfermühlen-

berg, An der Neuendorfer Straße sowie der Hollerbusch.

Herr Köllner von der Stasi-Untertlagenbehörde und Herr Rohloff von der VOS haben auf den Wert der bereits geleisteten Arbeit zur Errichtung einer Gedenkstätte verwiesen und eine verantwortungsvolle und konstruktive Rolle des Areals der ehemaligen Stasi-Untersuchungshaftanstalt entworfen. Beiden sei ausdrücklich dafür gedankt.

Die Vertreter des ehrenamtlichen Vereins zum Betrieb und zum Erhalt der Stätte Töpferstraße in Neustrelitz haben eindrucksvoll erläutert, wie das Land Mecklenburg-Vorpommern sich systema-

tisch aus der Verantwortung stiehlt und den Betroffenen, für die eine solche Gedenkstätte wichtig wäre, zusehends seine Unterstützung versagt.

# Gedenkstätten

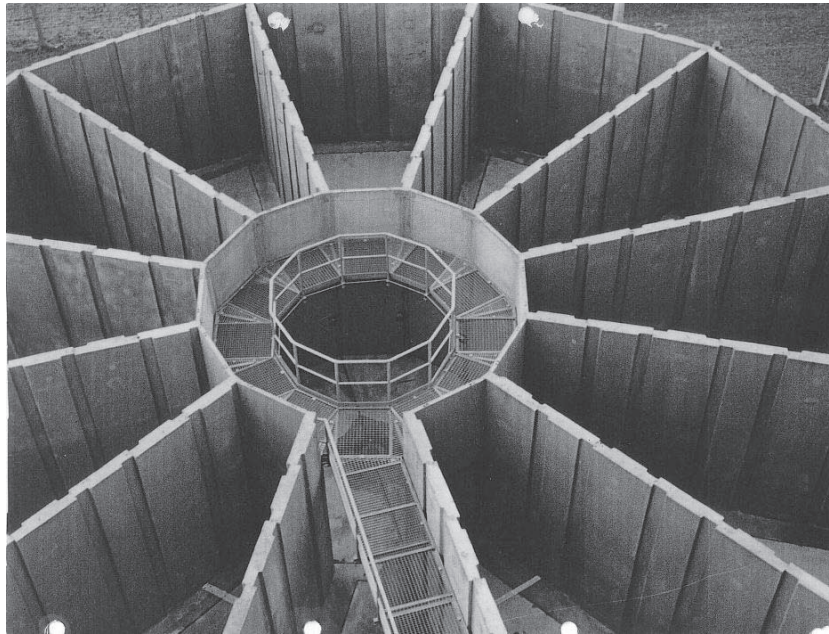
Ausstehend ist bisher ein klares Bekenntnis des Landesbeauftragten von MVP, damit der engagierten Einsatz und Kampf für das Gedenken und die Gedenkorte in Neustrelitz weiteren Rückenwind bekommen. Erstaunlicherweise

hat. Offenbar ist es nur eine Minderheit, die dieses Gedenken verhindern und der es womöglich nur um die Sicherung von finanziellen Pfründen geht.

Mehrmals wurde durch einen städtischen Vertreter des Kulturamtes darauf hingewiesen, dass die Stasi dort „nur“ zwei Jahre tätig war und „nur“ etwa 100 politische Häftlinge dort inhaftiert waren. Eine solche Einstellung ist geradezu fatal und widerspricht jedem sozialen Denken. Die Frage muss gestellt werden, darf jemand, der solche Äußerungen öffentlich in Umlauf bringt, in politischen Gremien geduldet werden. Fakt ist: Wer sozialen Wohnungsbau gegen

das Erinnern und Gedenken ausspielt und Unrecht auf derart herablassende Weise quantifiziert, lässt zu mindestens den Verdacht aufkommen, dass Unrecht nicht gleich Unrecht ist. Gibt es besseres oder weniger schlimmes politisches Unrecht?

*A. Eugen / Neubrandenburg  
Foto: A. Rohloff*



hielten bei der Veranstaltung die Vertreter der Grünen und der AfD gemeinsam gegen die Abrisspläne der Stadt und unterstützten (nicht nur an dem genannten Abend) den engagierten Kampf für die Errichtung einer Gedenkstätte in Neubrandenburg.

Der Kampf unserer VOS für einen Gedenkort hat ebenfalls seine Unterstützer, und erfreulicherweise werden es inzwischen immer mehr. Das macht Mut für die kommenden Monate und Jahre, und es zeigt, dass gerade die VOS, die sich unverändert für das Gedenken und die Vermittlung klaren Geschichtswissens einsetzt, in der Bevölkerung einen festen Rückhalt

## Anmerkung:

Die ehemalige Untersuchungshaftanstalt des Ministeriums für Staatssicherheit in Neubrandenburg ist als eines der letzten komplexen Bauwerke des Organs entstanden, hier wird anschaulich dargestellt, mit welcher verfeinerten, perfiden Methoden das MfS vorhatte, die Gegner der sozialistischen Diktatur zur Strecke zu bringen. Wäre das System DDR nicht gestürzt worden, würden wir nunmehr in der noch existierenden DDR viele dieser modernisierten Haftanstalten vorfinden. Allein deswegen ist ein Abriss unverantwortlich. *B. Thonn*

# Eine spannende Reise durch den Freiheitskampf der Deutschen

In der ZDF-Mediathek ist ein interessanter Beitrag zu finden, der auch VOSler ansprechen dürfte

Mitte des letzten Jahres wies Kamerad Herbert Prieu aus Sachsen-Anhalt die Redaktion der Freiheitsglocke, auf den ZDF-Film „Der Kampf um die Freiheit“ hin. „Der Film“, so Kamerad Prieu, „stellt endlich einmal den Kampf um die Freiheit in Deutschland, einschließlich des 17. Juni 1953, gut dar, und das ZDF liefert dazu Unterrichtsmaterial, das man auch in Schulen verwenden könnte.“

Tatsächlich ist der Film ein Lehrstück für alle, die sich mit der Demokratieerziehung befassen und denen die Kenntnis der deutschen Geschichte wichtig ist.

Dies bestätigte auch der Bundesvorsitzende Hugo Diederich, der im Fernsehrat des ZDF mitarbeitet. Hugo Diederich meint: „Die Dokumentation ‚Kampf um die Freiheit – Fünf Anläufe zur Demokratie‘ habe ich mir inzwischen sogar zweimal angeschaut. Einige Zeit später nahm ich an einer Ausschusssitzung des ZDF-F Fernsehrates im Berliner ZDF-Gebäude teil. Dabei traf ich auch den Verantwortlichen von *Terra X History*, unter deren Rubrik der Film lief. Er nahm an der Sitzung ebenfalls teil. Ich meldete mich in diesem Gremium und dankte für die hervorragende Dokumentation, anschließend führte ich einige Einzelgespräche, die aufschlussreich waren. Nach all dem halte ich es für wichtig, dass wir, wenn auch unter den etwas schwierigen zeitlichen Bedingungen mit der zwei-monatlichen Erscheinungsweise der Zeitschrift Freiheitsglocke auf den Film eingehen. Ich habe dazu die erfreuliche Nachricht, dass die genannte Dokumentation bis zum 11. Juni 2028 in der Mediathek abrufbar ist. Somit besteht für alle Mitglieder die Möglichkeit, sich den Beitrag anzusehen.

Er ist unter Eingabe des Links <https://www.zdf.de/dokumentation/terra-x-history/kampf-um-die-freiheit-fuenf-anlaeufo-zur-demokratie-100.html> abrufbar. Einfach-erweise kann man auch den Titel in eine Suchmaschine eingeben, somit erscheint der Hinweis, den man lediglich anklicken muss. Ich selbst kann mir vorstellen, dass die

Doku nicht nur unmittelbar Betroffene interessieren wird.“

Zum Beitrag selbst ist zu sagen, dass er über etwa 1,5 Stunden geht.

Er zeigt original Aufnahmen, etwa Szenen vom Volksaufstand im Juni 1953, präsentiert Biografien und analysiert das Scheitern der frühen Ziele. Berichtet wird über Anfänge in der Frankfurter Paulskirche, wo 1948 demokratisch gesinnte Kräfte die Einheit Deutschlands durchzusetzen versuchten, und dies dann doch nicht gelang. Szenisch nachgestellte Vorgänge verdeutlichen den Willen und den Kampf gegen die Monarchie und die Kleinstaate-rei. Sie zeigen auch das Scheitern, die Niederschlagung und die Hinrichtung von Demokraten. Berichtet wird über Carl Schurz, der sich der Verfolgung entziehen konnte und in die USA ging. Schurz machte dort eine beispielhafte Karriere in der Politik, er wurde unter Präsident Lincoln Innenminister und kam in den Staaten zu hohen Ehren.

Weitere Stationen sind die Weltkriege und deren Folgen. Deutschland ist 1918 eine Demokratie, doch die Kriegslasten schaffen politische Ungleichgewichte, extreme Kräfte erstarken, und nach 1949 kommt es durch die Teilung in zwei Staaten zu Spannungen, die auch die politischen Blöcke erfassen. Hierzu der erste Bundeskanzler Konrad Adenauer: „Lieber das halbe Deutschland ganz als das ganze Deutschland halb.“

---

Herbert Prieu als Zeitzeugen in der Doku: „Wir hofften, dass durch den 17. Juni ein Umschwung kommt, der auch Schritte zur Wiedervereinigung bringen könnte.“

---

Das Nachsehen hatten die Menschen im nunmehrigen Ostdeutschland, das ehemals die Mitte des Landes war. Dem Aufstand vom Juni 1953 widmet die Doku breiten

Raum. Hier kommt auch Kamerad Herbert Prieu zu Wort; er hat als Student am Aufstand in Halle/S. teilgenommen und bezahlt seinen



Mut und die demokratische Einstellung mit einer harten Haftzeit. Endlich findet auch das Jahr 1989 seinen Platz in der sehenswerten Doku: Die Demos, die in Plauen ihren Anfang nehmen und sich auf Leipzig und später Berlin ausbreiten. Wir, die wir diesen Umbruch, ob in der DDR oder der Bundesrepublik erlebt haben, erinnern uns und sind gerührt. Egal, wie inzwischen manches gegen uns läuft und unsere Bedeutung im politischen Widerstand nur sporadisch zur Geltung kommt und man die weniger bekannten Helden zu selten als Zeitzeugen an die Schulen einlädt, ist die Einheit unser Erfolg, und darauf sind wir alle stolz. *ARK*

*Ann.:* Das Foto (privat) zeigt im Ausschnitt den Bundestag in Berlin mit der EU-Fahne und der Deutschland-Flagge unter dem Bundesadler. Letztere stammt aus der Paulskirche und wird von einer Holzstange gehalten, während die Europa-Fahne bereits einen Metall-Schaft hat. (Info ohne Gewähr). Empfehlenswert ist die Teilnahme an einer Führung.



# Zwei Jahre Krieg – Putins Lügen zum Überfall auf die Ukraine

*Über die unrühmlichen Jubiläen eines Wladimir Putin und zu fürchtende weitere Verbrechen*

Putins Aggressionskrieg begann bereits 2014. Damals behauptete er dreist, nichts mit den auf der Krim vorgefundenen "grünen Männchen" zu tun zu haben und dass doch jedermann in Secondhand-Läden sich derartige Uniformen kaufen kann. Erst sehr viel später gab er zu, dass diese von Moskau gesandt worden sind. Der Westen und leider auch die damalige Kanzlerin Merkel haben den Ernst der Lage nicht erkannt und nichts Entscheidendes dagegen getan. Ganz im Gegenteil: Das Gasgeschäft wurde erweitert und die Energieabhängigkeit von Russland weiter erhöht. Für Putin war daraufhin klar, dass der Westen schläft und er machen kann was er will. In Russland selbst hat er bereits dafür gesorgt. Es gibt weder eine freie Presse noch eine Opposition. Er gewinnt immer und hat freie Hand für seine großwahn-sinnigen Pläne.

Und so geschah es dann auch. Weil die in der Ostukraine, im Donbass lebenden pro-russischen Separatisten die Regeln und Gesetze des Staates Ukraine nicht akzeptieren wollten, zettelten sie einen Bürgerkrieg an und sprachen stattdessen von einer "Politik des Genozids" seitens der Ukraine ohne Vorlage eines einzigen Beweises. Sie riefen die Russen „um Schutz“. Uns SED-Opfern ist die Methode bestens bekannt aus zahlreichen verlogenen „Hilferufen an die Sowjetunion“, als in diversen Ostblockstaaten Moskaus Einfluss- und Herrschaftsbereich ins Wanken geriet wie z.B. 1968 in der damaligen CSSR.

Der Einmarsch russischer Truppen in den Osten des Nachbarlandes Ukraine erfolgte prompt. Aus dieser „Einmischung“ wurde Krieg, der mit Hilfe der Minsker Abkommen befriedet werden sollte. Der Westen und leider auch die damalige Kanzlerin Merkel haben auch hier den Ernst der Lage wieder nicht erkannt, ließen sich von Putin einlullen und begannen das Nord-Stream-II-Projekt. Der entscheidende Punkt der Minsker Abkommen, dass ausländische bewaffnete Verbände der Vereinbarung zufolge hätten abziehen müssen, wurde von Putin nie

erfüllt. Die Ukraine erlitt in den Folgejahren stattdessen bereits sinnlose ca. 14.000 Kriegstote.

Gleiches droht ganz aktuell wieder, indem pro-russischen Separatisten in der abtrünnigen moldauischen Region Transnistrien, das direkt im Südwesten an der Ukraine grenzt, Russland um "Schutz" bitten. Der transnistrische Präsident Wadim Krasnoselski sprach ebenfalls von einer "Politik des Genozids" seitens der Republik Moldau. Natürlich wieder ohne eine einzige Beweisvorlage. Putin wird das irgendwann nutzen, um mit dort stationierten Truppen nicht nur die kleine in die EU strebende Republik Moldau komplett zu unterwerfen, sondern die Ukraine auch von der Süd-West-Seite her anzugreifen.

All die von den Russen erfüllten „Hilferufe“ sind nichts anderes als billige Vorwände, die betreffenden Länder zu unterwerfen, zu besetzen oder einzuverleiben.

Eigene Separatisten in Russland wie z.B. die in Tschetschenien werden brutal mit Krieg und Terror beseitigt, während Russland die Separatisten in anderen Ländern immer dann unterstützt, solange diese seinen Interessen und Machtgelüsten dienen.

Im Dezember 2021 erzählte Putin ein neues Märchen: ‚Wir werden die Ukraine nicht angreifen‘, obwohl er seit Monaten die Ukraine mit weit mehr als 100.000 Soldaten umzingelt, einschließlich auf weißrussischem Gebiet. Es gäbe nur Manöver gemeinsam mit Belarus. Sogar weitere Kriegsschiffe wurden ins Schwarze Meer verlegt.

Putin belog sogar Anfang Februar 2022 von Angesicht zu Angesicht ohne rot zu werden sowohl den Kanzler Scholz als auch den französischen Präsidenten Macron mit der Aussage, keinen Angriff auf die Ukraine zu planen.

Wenige Tage später überfielen seine Truppen mit einer brutalen Großinvasion und Vernichtungskrieg die Ukraine, angeblich, um die Menschen dort zu befreien. Fragt sich nur, wovon befreien. Niemand dort hat die russische Armee mit Brot und Salz empfangen. Im Gegenteil, die Menschen erlei-

den bitterste Zerstörungen, Tod in ihrer Heimat, hassen die Russen für ihre Verbrechen und fürchten eine neue gottlose Sowjetisierung. Im Februar 2024 lieferte Putin in einer zweistündigen irren Propaganda-Show mit dem extrem rechten US-Moderator Tucker Carlson, der wegen Verbreitung von Falschmeldungen und Verschwörungstheorien von seinem Arbeitgeber Fox News gekündigt worden ist, u. a. in seinen langatmigen Monologen eine weitere Aussage, Polen und Lettland nicht angreifen zu wollen.

Nur nützliche Idioten glauben so etwas, von denen es auch in Deutschland leider etliche gibt, allen voran die Sympathisanten der extrem rechten AfD gemeinsam mit der roten Wagenknecht-Partei – und das trotz einem so klaren Bezug auf die erwiesenermaßen nicht zutreffenden Aussagen Putins vor Beginn seines Angriffskrieges auf die Ukraine.

Ja, es wird noch verrückter mit Putin: Er verhöhnt die Realität und verfälscht historische Tatsachen. In diesem Interview meinte er sogar, dass Polen eine Mitverantwortung für die Invasion Nazi-Deutschlands zu Beginn des Zweiten Weltkriegs habe, weil Polen gegenüber Adolf Hitler im Jahr 1939 zu „unnachgiebig“ gewesen sei. Inwiefern sich das gezeigt haben soll, blieb unklar. Carlson vermied es leider permanent, kritisch nachzufragen oder gar zu hinterfragen.

Entweder ist er wie Putin ein feiger Mann ohne Gewissen und Verantwortungsgefühl oder er hat einfach keine Ahnung von historischen und gegenwärtigen Ereignissen in Europa. So schien er auch nicht zu wissen, dass der 1939 vereinbarte Molotow-Ribbentrop-Pakt, auch Hitler-Stalin-Pakt genannt, der eigentliche Wegbereiter für den Zweiten Weltkrieg war und nicht Polen. Beide Diktatoren teilten sich für ihre geplanten Raubzüge Polen und das Baltikum auf.

Während im Sommer 1940 die deutsche Wehrmacht Richtung Paris marschierte, schaffte Stalin in den baltischen Republiken zielstrebig vollendete Tatsachen.

→ nächste Seite oben

Anschließend holte sich Stalin im Winterkrieg 1941 vom ebenfalls überfallenen Finnland noch einige Landesteile, u. a. Karelien, bevor auch er wenige Monate später von Hitlers Überfall auf die Sowjetunion überrascht worden ist.

Putin konnte unter solchen Interview-Bedingungen jedenfalls alles was an furchtbaren Taten seiner Truppen in der Ukraine geschah, ungestraft verhöhnern, Lügenmärchen erzählen und mal wieder Drohgebärden los werden.

Bundeskanzler Scholz sagte daher völlig zu Recht bei seinem Besuch in der US-Hauptstadt Washington im Februar 2024, dass Putin eine völlig absurde Geschichte über die Ursachen für diesen Krieg erzähle. Die Wahrheit sei, so Scholz absolut richtig, dass es eine ganz klare Ursache gibt, nämlich das imperialistische Bestreben Putins, sich die Ukraine einzuverleiben.

Putin wird das wohl nicht genügen. Warum sonst sollte er schließlich im Jahre 2005 den Zusammenbruch der Sowjetunion als "größte geopolitische Katastrophe des 20. Jahrhunderts" bezeichnet haben?

Sein Angebot an die USA zu einem Dialog über die strategische Sicherheit in der Welt ist blanker Hohn, solange er gleichzeitig mit Großrußland-Fantasien das sinnlose Töten und Zerstören in der überfallenen Ukraine fortsetzt.

Das wahre Ziel und der Wille des Präsidenten Russlands und seiner Lakaien ist, das russische Reich, koste was es wolle, wieder auf alte sowjetische Größen zurück zu bringen und die Welt nach seinen Vorgaben ticken zu lassen.

Und alle seine Geschichten, die dazu erzählt werden, ändern nichts an den wahren Zielen dieses sinnlosen Krieges. Dass unter solchen Bedingungen eine friedliche Lösung zwischen den Völkern der Ukraine und Russlands erreichbar wäre, ist schlicht und einfach unvorstellbar. All die Träumer, die meinen mit einem Despoten wie Putin verhandeln zu müssen, vergessen, dass Putin kein Interesse hat, die alten international anerkannten völkerrechtlichen Grenzen zu akzeptieren und sich an Verträge zu halten. Der Westen muss endlich aufwachen und Putin ein Zeichen brutaler Stär-

ke setzen statt in Watte liegend Angst vor dessen Drohgebärden zu haben.

Tatsächlich aber hat Putin panische Angst vor Unruhe in seinem Land und vor Machtverlust. Wie ein Ertrinkender schlägt er um sich, droht, verbreitet Angst und Wut und setzt auf die hybride Kriegsführung mit seinen Spionen.

Nur wenn Putin sieht, keine Feiglinge vor sich zu haben und seine Drohungen ins Leere laufen, wird er seine Verhandlungspartner als ebenbürtig akzeptieren, ihnen zuhören und verhandlungsbereit sein. Anders kann man mit skrupellosen Despoten nicht verhandeln. Nicht die Nato ist Russland zu nahe gekommen, sondern der Wunsch der Menschen nach Freiheit und Demokratie. Putin weiß das als KGB-Mann sehr genau. Und er weiß auch, dass es in einer Demokratie für ihn politisch kein Überleben geben würde. Nur das allein ist die eigentliche Ursache seiner Kriege. Deshalb muss er den Krieg in der Ukraine verlieren. Ein von ihm dann angedrohtes nukleares Armageddon wird nicht kommen, weil er zu gut weiß, dass er und sein Russland es selbst dann auch nicht überleben wird. Falls der Westen der Ukraine im bitteren Verteidigungskampf gegen den Aggressor nicht mit mehr robusten Waffen und ausreichend Munition zur Seite steht, wird Russland die komplette Ukraine zerstören und erobern, auch wenn es noch 10 Jahre Krieg kosten sollte. Zeit hat Putin unbegrenzt, weil nie abwählbar.

Für den Westen wird es dann richtig teuer. Weitere 10 Millionen Flüchtlinge werden kommen und der Krieg wird trotzdem weiter gehen. Zunächst gegen das Baltikum, die Republik Moldau und sicherlich auch gegen Polen, leider.

Geld für Waffen an die Ukraine gibt es übrigens reichlich. Nämlich die weltweit eingefrorenen Vermögen etlicher russischer Oligarchen und die eingefrorenen Gelder der russischen Zentralbank. Alles in allem mehrere hundert Milliarden Dollar.

Nach dem tödlichen Angriff auf eine Konzerthalle nahe Moskau rechnen deutsche Sicherheitsexperten damit, dass Präsident Wladimir Putin daraus politisches Kapital

schlagen wird. "Putin wird diese Anschläge ausnutzen, um innere Säuberungen vorzunehmen und möglicherweise auch um noch mehr Brutalität und Unmenschlichkeit nach innen und nach außen zu rechtfertigen", sagte der Militärexperte Nico Lange, Mitglied der Münchner Sicherheitskonferenz, der "Bild am Sonntag".

Putin habe Warnungen vor Anschlägen ignoriert und die innere Sicherheit des Landes zugunsten des Krieges vernachlässigt, fuhr Lange fort. Das räche sich nun. "So oder so" werde Russland zudem westliche Geheimdienste, die Ukraine und die Nato verantwortlich machen, "auch um vom Versagen Putins abzulenken".

Christian T. Reitmaier

---

## Wort zum Sonntag?

### *Eine seltsame Botschaft aus einer völlig anderen Welt*

Der Papst hat die Ukraine aufgefordert, sich nicht mehr zu wehren und Putin ihr Land zu überlassen. Wo lebt dieser Mann? Diese Frage muss man vor allem stellen, wenn man sich an den November 1978 erinnert, als Karel Wojtyla zum Oberhaupt der katholischen Kirche gewählt wurde und für die Gläubigen weltweit einen Umbruch und eine Öffnung der großen Glaubensgemeinde einleitete. Johannes Paul II. war eine der drei entscheidenden Figuren, die das Sowjet-Imperium zum Einsturz brachten und dem Kommunismus Einhalt geboten. Die Opfer jenes Systems haben es nicht vergessen, sie sind diesem Papst auf ewig dankbar.

Und nun? Ein Endachtziger, der offenbar kein europäisches Geschichtsbuch von innen gesehen hat, appelliert an ein Land, das mit Blut und letztem Mut um seine Existenz ringt, sich zu ergeben und sich – offenbar aus christlicher Nächstenliebe – dem neualten Sowjet auszuliefern. Nicht nur wir Katholiken fragen uns, ob ihm etwa Jesus Christus diese irrierte Idee eingeflüstert hat.

Man weiß nicht, ob ein Papst zur Beichte gehen und Buße tun soll. Wenn ja, so sollte er zur Wiedergutmachung bis ans Ende seiner Tage Rosenkränze beten, damit ihm keine weiteren peinlichen Äußerungen entfahren. Amen. *Godt Fried*

## **Wir werden keinesfalls lockerlassen!**

*Nochmaliges Schreiben an die Spitzen der Ampel-Koalition*

Mit Blick auf die bevorstehende Haushaltsdebatte des Deutschen Bundestages hat der Bundesvorstand der VOS ein erneutes Schreiben mit gleichlautendem Inhalt an die Spitzenpolitiker der Ampel-Koalition versandt. Adressaten sind Bundeskanzler Scholz, Finanzminister Lindner und Wirtschaftsminister Habeck. Darin wird erinnert,

- die Opfer des SED-Regimes bei der Haushaltsplanung nicht erneut mit deren berechtigten Forderungen vergessen werden dürfen,
- die Opferrente kein Almosen, sondern eine Ehrenrente für die erbrachten Opfer im Kampf gegen die zweite Deutsche Diktatur und angesichts der materiellen Benachteiligung unter dem SED-Regime sowie der derzeit herrschend Inflation deutlich zu gering ist,
- dass das Fremdentenenunrecht nicht durch die anhaltende Ignoranz der Verantwortlichen aus der Welt geschaffen ist, sondern einer rechtsstaatlichen Revision bedarf und es einer für ganz Deutschland erkämpften Demokratie äußerst unwürdig zu Gesicht steht,
- dass darin die ehemaligen Systemträger der zweiten Deutschen Diktatur – auch mittels des angeblich nicht auffindbaren SED- Vermögens – rententechnisch bzw. materiell besser gestellt sind als deren einstige Opfer.

*Bundesvorstand, Redakteur*

## **Interessante Grenzschicksale und Fotos**

*Buch-Neuerscheinung: als das grüne Band noch grau war*

In mehreren Porträts geben unter anderem ein ehemaliger Mitarbeiter des Bundesgrenzschutzes in Goslar, ein Förster aus der Altmark, ein Fluchthelfer aus Braunschweig sowie eine Pfarrerin aus dem Harz Auskunft über ihr Leben an und mit der Grenze. Es wird deutlich, wie sich der ehemalige Todesstreifen zwischen der DDR und der Bundesrepublik inzwischen gleichsam zur Lebenslinie gewandelt hat. Denn mit der Wiedervereinigung haben die Menschen dieser Landschaft zu einer neuen Bestimmung verholfen, wie die im Buch enthaltenden großformatigen Fotografien des zeigen.

Aber auch Menschen, die nicht in unmittelbarer Nähe zur ehemaligen Grenze gelebt haben, kommen im Buch zu Wort. Denn auch sie waren den massiven Auswirkungen der deutschen Teilung ausgesetzt. Das zeigt sich vor allem anhand der Schilderungen von ausgefeilten Fluchtplänen aus der DDR, wie sie die Zeitzeugin Katrin Schmidt wiedergibt: Geboren 1965 in Halle (Saale) wandte sie sich schon als Kind gegen den politischen Druck und die Vorbestimmtheit des sozialistischen Lebenswegs.

Die empfundene Enge mündete schließlich in einen kreativen Fluchtplan, der sie 1987 über Warschau bis nach China und dann weiter um den Erdball führte.

*Michael Teupel*

## **Ohne Adelstitel für Ideale eingetreten**

*Erinnerung an Mathias Walden*

Wer in den 1960er und 1970er in Berlin oder in der Umgebung der Stadt gewohnt hat, für den war der Name Mathias Walden ein fester Begriff. Der scharfzüngige Journalist sprach den einen aus den Herzen, für die anderen war er ein unerträgliches, von Hass auf den Sozialismus und die DDR erfülltes Instrument des westlichen Klassenfeindes. Walden erfüllte alle Voraussetzungen, um beidem gerecht zu werden. Zunächst arbeitete er für den Sender RIAS, später ging er zum SFB, wo er stellvertretender Chefredakteur wurde. Er war jemand, der entschlossen für die Wiedervereinigung Deutschlands eintrat und viele linke Tendenzen verurteilte. Walden war, 1927 in Dresden als Eugen Wilhelm Otto Baron von Saß geboren, von hoher adliger Abstammung. Er hatte den Adelstitel abgelegt und das Pseudonym Walden angenommen, nachdem er 1950 als politisch Verfolgter aus der DDR in die Bundesrepublik geflohen war und dort aktiv gegen das SED-Regime auftrat. Er hatte seine Eltern nicht gefährden wollen. Walden starb vor nunmehr 40 Jahren an den Folgen einer Krebserkrankung. Sein früher Tod wirft erneut die Frage auf, ob das MfS auf dubiose Weise seine Finger im Spiel hatte. Mathias Walden ist einer, der sich immer auf die Seite der politisch Verfolgten der DDR gestellt hat. Er ist einer, der des Erinnerns in der Fg wert ist. *ARK*

### **Wir trauern um**

**Hans-Joachim Markgraf**

**Michael Atlas**

**Kurt Schröder**

**Hans-Günter Bellmann**

**Christa Thalacker**

**Rolf Wiese**

**Hans-Joachim Keferstein**

**Gerhard Schneider**

**Alex Mania**

**Edgar Strobel**

**Bezirksgruppe Zittau**

**Bezirksgruppe Berlin**

**Bezirksgruppe Hessen-Rheinland/Pfalz**

**Bezirksgruppe Erfurt**

**Bezirksgruppe München**

**Bezirksgruppe Leipzig**

**Bezirksgruppe Bonn**

**Bezirksgruppe Chemnitz**

**Bezirksgruppe Rhein-Ruhr**

**Bezirksgruppe Chemnitz**

**Die VOS wird ihnen ein ehrendes Gedenken bewahren**

## Vom VOS- Bundesvorsitzenden bewirtet

*Kameradschaftliches Beisammensein und guter Appetit in der Bundesgeschäftsstelle*

Wie in jedem Monat lud auch im Februar 2024 die Bundesgeschäftsstelle zu einem durch Kameradschaft, Freude und Erinnerungen geprägten, traditionellen gemeinsamen Frühstück ein. Kein Geringerer als der Bundesvorsitzende selbst bewirtete seine Gäste aus der Bezirksgruppe Berlin- Brandenburg, indem er belegte Brote und Brötchen und frisch aufgebrühten Bohnenkaffee und Tee servierte.



Die Stimmung war wie immer vertraut und großartig, und dass obwohl der eine oder die andere aus dem engen Kreis vermisst wird. Zu den regelmäßig teilnehmenden Gästen zählten auch diesmal wieder Udo Jeschke und der renommierte Künstler (Menschenrechtszentrum Cottbus) und Aktionist Gino Kuhn. Im Rollstuhl Gustav Rust, daneben Chris Hendschke.

*Valerie Bosse*

### Lern- und Gedenkort Kaßberg

Am 22. Februar 2024 besuchten sechs ukrainische Flüchtlinge, die derzeit im Einzugsgebiet von Chemnitz leben, den Lern- und Gedenkort Kaßberg. Sie bekamen während des Rundgangs viele Eindrücke über das Unrecht der SED-Diktatur und konnten selbst von den Grausamkeiten berichten, die Putins Krieg über ihr Land brachte.

**Internet:** <https://gedenkort-kassberg.de/>

### VEREINIGUNG DER OPFER DES STALINISMUS e.V. (VOS)

Uhlandstraße 120, 10 717 Berlin

PVSt Deutsche Post, Entgelt bezahlt, G 20 666

„Freiheitsglocke“, herausgegeben von der Vereinigung der Opfer des Stalinismus e.V. - Gemeinschaft von Verfolgten und Gegnern des Kommunismus - (gemeinnützig und förderungswürdig), erscheint seit 1951 im Selbstverlag zwölf mal jährlich, ab 2014 in 6 Doppelausgaben

### Bundesgeschäftsstelle der VOS

Uhlandstraße 120, 10 717 Berlin-Wilmersdorf

Telefon / AB: 030 – 2655 23 80 und 030 – 2655 23 81

Fax: 030 - 2655 23 82

Email-Adresse: [vos-berlin@vos-ev.de](mailto:vos-berlin@vos-ev.de)

Postbankkonto Köln

IBAN: DE31 3701 0050 0018 6255 01

BIC: PBNK DEFF

### Beratung in der Landesgeschäftsstelle Berlin:

Telefon/AB: 030 - 2655 23 81 Fax: 030 – 2655 23 82

Mail: [lv-berlin@vos-ev.de](mailto:lv-berlin@vos-ev.de)

Dienstag und Donnerstag von 12.00 bis 17.00 Uhr,  
sonst nach Vereinbarung. Um Voranmeldung wird gebeten.

V.i.S.d.P.: Bundesvorstand der VOS

Chefredakteur: A. Richter-Kariger ([www.first.minute-buecher.de](http://www.first.minute-buecher.de)),

eMail: [redaktion@vos-ev.de](mailto:redaktion@vos-ev.de),

Bitte nur deutlich lesbare Beiträge schicken. Bitte bei eMails und Fax-Schreiben **den Absender nicht vergessen**, sonst ist **keine Abnahme** vom Server gewährleistet.

Auftragnehmer: Neymanns Tel. 030 / 70 24 22 24, E-Mail: [satzherstellung@gmx.de](mailto:satzherstellung@gmx.de). Internet: [www.satzherstellung.com](http://www.satzherstellung.com)

Die mit Namen gekennzeichneten Beiträge stellen nicht unbedingt die Meinung der Redaktion oder des Herausgebers dar. Mit (FG) gekennzeichnete Beiträge sind zum Nachdruck mit Quellenangabe frei. Beleg erbeten. Für unverlangt eingesandte Manuskripte keine Gewähr. Jedes Mitglied der VOS wird durch den Erhalt der „Freiheitsglocke“ vom Verbandsleben informiert.

### Jahresbeiträge:

– einheitlich für alle Mitglieder	45,00 €
– Ehepartner (ohne Freiheitsglocke)	15,00 €
– Aufnahmegebühr Mitglieder	2,60 €
– Abonnement der Freiheitsglocke	24,00 €

### Spenden (steuerlich absetzbar) erbeten!

Internetseiten der VOS [www.vos-ev.de](http://www.vos-ev.de)

Fg-Nummer 859/860 erscheint Mai / Juni 2024

Redaktionsschluss der FG 857/858 am 15. März 2024